



ZuGleich

Zugehörigkeit und (Un)Gleichwertigkeit

Andreas Zick & Madlen Preuß

unter Mitarbeit von
Wilhelm Berghan und Niklaas Bause

Ein Zwischenbericht

Inhaltsverzeichnis

Auf dem Weg zur Integrationsgemeinschaft?	5
Das Projekt <i>ZuGleich</i> – Zugehörigkeit und (Un)Gleichwertigkeit	9
Die Projektidee	9
Methodik und Datengrundlage	10
Willkommensgruß oder Entwurzelung?	
Die Integrationsvorstellungen und -anforderungen der BundesbürgerInnen	12
Willkommen in der neuen Heimat?	12
Leben und leben lassen – Akkulturationsorientierungen	15
Doch nicht so willkommen?	21
Vorrechte der Alteingesessenen – wohin man auch kommt	21
"Irgendwann reicht's, das Maß ist ohnehin voll" – Appell zur Rückeroberung	25
Deutsch genug?	
Ein Kriterienkatalog deutscher Zugehörigkeit und sein bitterer Nachgeschmack	30
Die Kriterien deutscher Zugehörigkeit	31
Endliche Anerkennung oder bloßes Streben nach Homogenisierung?	33
Ein Ende in Sicht? Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	36
Das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Jahr 2013/ 2014	37
Kulturen der Abwehr im Kontext Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	40
Ein Zwischenfazit	43
Literaturverzeichnis	46
Anhang	52

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabellen

<i>Tab. 1.1:</i>	Individuelle Willkommenskultur unter autochthonen Deutschen (in Prozent).....	13
<i>Tab. 1.2:</i>	Akkulturationsorientierungen, autochthone Deutsche und MigrantInnen/ Deutsche mit Migrationshintergrund (MH) im Vergleich (in Prozent)	17
<i>Tab. 1.3:</i>	Akkulturationsvorstellungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft (in Prozent).....	18
<i>Tab. 1.4:</i>	Anpassungsvorstellungen, autochthone Deutsche und MigrantInnen/ Deutsche mit mit MH im Vergleich (in Prozent).....	19
<i>Tab. 1.5:</i>	Zustimmung und Ablehnung von Etabliertenvorrechten (in Prozent).....	22
<i>Tab. 1.6:</i>	Die widersprüchliche Haltung der deutschen Mehrheitsgesellschaft; Kreuztabelle (in Prozent)	23
<i>Tab. 1.7:</i>	Die Erklärung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF) durch Etabliertenvorrechte; lineare Regressionsanalyse.....	24
<i>Tab. 1.8:</i>	Zustimmung und Ablehnung des Rückeroberungsappells (in Prozent).....	26
<i>Tab. 1.9:</i>	Die Erklärung des Rückeroberungs-Appells durch Etabliertenvorrechte; lineare Regressionsanalyse	28
<i>Tab. 1.10:</i>	Der Zusammenhang des Kriterienkatalogs deutscher Zugehörigkeit und der Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	34
<i>Tab. 1.11:</i>	Das Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, 2013/ 2014 (in Prozent) ..	38
<i>Tab. 1.12:</i>	Die Erklärung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durch die Kulturen der Abwehr; lineare Regressionsanalyse	41
<i>Tab. 1.13:</i>	Individuelle Willkommenskultur unter autochthonen Deutschen (Mittelwerte und Standardabweichungen).....	52
<i>Tab. 1.14:</i>	Korrelationsmatrix der persönlich-individuellen Willkommenskultur und der fehlenden Involviertheit.....	53
<i>Tab. 1.15:</i>	Akkulturationsorientierungen der autochthonen Deutschen (Mittelwerte und Standardabweichungen).....	54
<i>Tab. 1.16:</i>	Akkulturationsorientierungen der MigrantInnen/ Deutschen mit MH (Mittelwerte und Standardabweichungen).....	54
<i>Tab. 1.17:</i>	Befürwortung von Etabliertenvorrechten (Mittelwerte und Standardabweichungen)	56
<i>Tab. 1.18:</i>	Zustimmung und Ablehnung von Etabliertenvorrechten, autochthone Deutsche und MigrantInnen/ Deutsche mit MH im Vergleich (in Prozent).....	57
<i>Tab. 1.19:</i>	Appell zur Rückeroberung (Mittelwerte und Standardabweichungen)	57
<i>Tab. 1.20:</i>	Appell zur Rückeroberung, Frauen und Männer im Vergleich (in Prozent).....	58
<i>Tab. 1.21:</i>	Korrelationsmatrix der Aussagen zur Messung des Rückeroberungsgedankens.....	59
<i>Tab. 1.22:</i>	Die Bedeutung verschiedener Kriterien für die deutsche Zugehörigkeit (Mittelwerte und Standardabweichungen).....	59
<i>Tab. 1.23:</i>	Korrelationsmatrix der GMF-Facetten: Feindlichkeit gegenüber (ehemals) Eingewanderten	61
<i>Tab. 1.24:</i>	Die Erklärung des Antisemitismus durch die Kulturen der Abwehr; lineare Regressionsanalyse	62
<i>Tab. 1.25:</i>	Die Erklärung des heterosexuellen Vorurteils durch die Kulturen der Abwehr; lineare Regressionsanalyse	62
<i>Tab. 1.26:</i>	Die Erklärung der (Langzeit)Arbeitslosenabwertung durch die Kulturen der Abwehr; lineare Regressionsanalyse	63

Abbildungen

<i>Abb. 1.1:</i>	Varianten der Akkulturation	15
<i>Abb. 1.2:</i>	Die Bedeutung verschiedener Kriterien für die deutsche Zugehörigkeit (in Prozent).....	32
<i>Abb. 1.3:</i>	Individuelle Willkommenskultur nach soziodemographischen Determinanten (Mittelwertvergleich, gewichtet).....	52
<i>Abb. 1.4:</i>	Fehlende Invoviertheit nach soziodemographischen Determinanten (Mittelwertvergleich, gewichtet).....	53
<i>Abb. 1.5:</i>	Befürwortung des Integrationskonzeptes nach soziodemographischen Determinanten (Mittelwertvergleich, gewichtet).....	55
<i>Abb. 1.6:</i>	Öffnungs- und Assimilations-Forderung nach soziodemographischen Determinanten (Mittelwertvergleich, gewichtet).....	55
<i>Abb. 1.7:</i>	Befürwortung der Etabliertenvorrechte nach soziodemographischen Determinanten (Mittelwertvergleich, gewichtet).....	56
<i>Abb. 1.8:</i>	Rückeroberungsgedanke nach soziodemographischen Determinanten (Mittelwertvergleich, gewichtet).....	58
<i>Abb. 1.9:</i>	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nach Geschlecht (Mittelwertvergleich, gewichtet).....	60
<i>Abb. 1.10:</i>	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nach Alter (Mittelwertvergleich, gewichtet).....	60
<i>Abb. 1.11:</i>	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nach Bildung (Mittelwertvergleich, gewichtet).....	61

Auf dem Weg zur Integrationsgemeinschaft?

Einen Bericht über die Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit von Gruppen in der Gesellschaft mit dem Satz zu beginnen, die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland, wäre nahezu langweilig. Nach holprigen Jahrzehnten der Bewertung und Anerkennung der Zu- und Einwanderung scheint der gesellschaftliche Konsens darüber absolut, auch wenn derzeit soziale Proteste um die Bewegung PEGIDA medial mehr Aufmerksamkeit erlangen als die sichtbare Verbesserung der Integrationsqualität des Landes. Der Widerstand gegen diese Feststellung wird scheinbar nur noch in ultrakonservativen, anti-islamischen und anderen radikalen Milieus als Mittel gegen stilisierte Bedrohungen der 'Überfremdung'¹ ausgegeben. Auch wenn die BRD von vielen BürgerInnen nicht als multikulturelle Gesellschaft wahrgenommen oder gar als ‚Weltsozialamt‘ polemisch zurückgewiesen wird, ist doch die Selbstbeschreibung als Einwanderungsland weit geteilt.

Was aber heißt es, Einwanderungsland zu sein? Was heißt es, gar Einwanderungsgesellschaft zu sein? Zu- und EinwandererInnen sowie hier aufgewachsenen Deutschen hilft die Proklamation, Einwanderungsland zu sein, nur begrenzt bei der Realisierung und Akzeptanz des sozialen Wandels. Die Beobachtungen unterschiedlichster Studien zur Migration in der Bundesrepublik weisen auf vielfache Probleme dieser Einwanderungsgesellschaft hin.

Die vorliegende Studie ist in einem Jahr erschienen, in dem einige ‚große Studien‘ einen wichtigen wissenschaftlichen Beitrag zur Einschätzung der Integrationsqualität leisten konnten. So beobachtet der *Sachverständigenrat für Migration* (SVR) eine starke Kluft zwischen den Integrationserfolgen der MigrantInnen und der Wahrnehmung wie Anerkennung ebenjener Erfolge (SVR, 2014). Die Studie *Deutschland postmigrantisch* des Teams um Naika Foroutan beschreibt ein umfassendes Bild der Wahrnehmungen der Migrationsgesellschaft, mit allen Widersprüchen zwischen Inklusionsmotiven und Exklusionseinstellungen.² Insbesondere zeigt sich, dass die Differenz zwischen abstrakter Integrationsvorstellung und konkreter Verankerung von Zugehörigkeit bei jenen, die keinen Migrationshintergrund haben, groß ist.³

¹ Im Übrigen verdanken wir diese Begriffskonstruktion der NPD, welche erstmalig in den 80ern vor der vermeintlich drohenden Überfremdung warnte.

² <https://juned.hu-berlin.de/deutschland-postmigrantisch-1/>

³ weitere Studien berichtet der Mediendienst Integration: <http://bit.ly/1xrg11A>

Studien zur Diskriminierung in vielen Lebensbereichen zeigen stabile Ungleichheiten wie -wertigkeiten zwischen Menschen mit Migrationsgeschichte, sei es in erster, zweiter oder dritter Generation und den autochthonen und etablierten Deutschen (Pielage/ Pries/ Schultze, 2012; ADS, 2014). Die PISA-Studien, OECD-Berichte (Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und demographische Statistiken über die soziale und ökonomische Lage der Menschen mit Migrationsgeschichte weisen regelmäßig auf eine stabile prekäre Lage in den meisten Gruppen von MigrantInnen hin (FRA, 2009; OECD, 2012; Prenzel et al, 2013). Unsere eigenen Studien zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF) am *Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* (IKG) der Universität Bielefeld zeigen seit vielen Jahren starke Ablehnungsreaktionen der autochthonen Deutschen (u.a. Heitmeyer, 2002 – 2011; Zick/ Küpper/ Hövermann, 2011). In der aktuellen Studie des Jahres 2014 wird zwar ein Absinken einer *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* sichtbar, diese aber ist weiterhin stark ausgeprägt mit Blick auf die Muslimfeindlichkeit, negative Meinungen über Flüchtlinge und Asylbewerber. Ebenso zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Bedürfnis nach einer etablierten nationalen Identität und der Ablehnung insbesondere von zugewanderten Gruppen (Zick/ Klein, 2014). So recht will sich das Etikett des Einwanderungslandes mit der Anerkennung von Gleichwertigkeit also nicht verbinden lassen.

Ein Einwanderungsland ja, aber keine *Einwanderungsgesellschaft*? Das wäre fatal. Gesellschaften sind veränderliche und dynamische Gebilde, die sich selbstverständlich und insbesondere durch Wanderung verändern. Doch wenn, trotz Anerkennung der 'Einwanderung', keine Öffnung gegenüber den damit einhergehenden Veränderungen stattfindet und EinwanderInnen mit Ressentiments und Barrieren begegnet wird, bleibt es bei einer leeren Worthülle. Da enden Konflikte, die in jeder Gesellschaft durch Wanderung erzeugt werden, mit einer Beschädigung von Personen wie Gruppen.

Ein Einwanderungsland ja, aber keine *Integrationsgemeinschaft*? Das scheint schon weniger fatal, obgleich Integration für alle Gruppen einer Gemeinschaft das zentrale Anliegen ist. Integrationsgemeinschaft meint Gesellschaft, die, trotz aller Konflikte, Teilhabe in zentralen Lebensbereichen für alle, eben auch EinwanderInnen, ermöglicht und Identitäten, die mit kulturellen Vorstellungen, Emotionen und Verhaltensweisen einhergehen, nicht beschädigt. Die Teilhabe und Anerkennung von Identitäten sind wesentliche Aspekte der Integration, die wahrscheinlich noch viel mühevoller herzustellen sind als Assimilationen oder eine schlichte Duldung von Parallelgesellschaften. Die vielfach geforderte Willkommenskultur erweist sich als durchaus interessanter Indikator für das Verständnis, Integrationsgemeinschaft zu sein, aber wird sie auch von BürgerInnen wahrgenommen? Oder wird nicht jede Vorstellung zur

Etablierung einer veränderten Einwanderungsgesellschaft durch die Ablehnung der Zugehörigkeit der ‚Neuen‘ und Vorurteile gegenüber Anderen ausgebremsst?

Es macht wenig Sinn, die oben genannten Fragen zu ignorieren oder gar klein zu reden. Sicherlich verlangt eine Globalisierung der Märkte und die zunehmende Verwischung gesellschaftlicher Grenzen auch eine gewisse Öffnung. Die ökonomische Entwicklung expliziert allerdings nicht, was Gesellschaft ist und bleibt der eindeutigen Klärung zweier substanzieller Kriterien für ihren Bestand schuldig: Die Bundesrepublik lässt sich an der Frage der *Zugehörigkeit* und der Frage nach *Gleichwertigkeit* bemessen. Ganz gleich, wie wir das Gebilde BRD anhand kultureller, sozialer oder religiöser Kriterien beschreiben – als ein Patchwork des Multikulturellen oder als vielfältige, gar superdiverse Einheit – der zentrale Schlüssel sind die demokratischen Kernwerte der Anerkennung von Zugehörigkeit und der Gleichwertigkeit der Gruppen. Vor dem Hintergrund einer Wanderungsgesellschaft, die von Einwanderung wie auch Auswanderung geprägt ist, ist die Verwirklichung dessen ebenso davon abhängig, dass sie zwischen den Gruppen ‚zugleich‘, eben symmetrisch und in ähnlichem Takt verlaufen und nicht allzu sehr ungleichzeitig.

Denn die Leichtigkeit, mit der es in Deutschland immer wieder gelingt, aus eigentlich selbstverständlichen Verschiedenheiten zwischen Gruppen, eine differente Wertigkeit zu kreieren, demonstriert deutlich, wie es um die Integrationsqualität steht. Die Zerbrechlichkeit des Verhältnisses der sozialen Gruppierungen und die stetige Infragestellung einer vollwertigen Mitgliedschaft widersprechen der Idee eines demokratischen und integrativen Sozialsystems. Die Feststellung von Unterschieden, Ungleichartigkeiten etc. zieht jedoch nicht zwangsläufig eine Ungleichbehandlung nach sich. Dies geschieht erst dann, wenn Status, Positionen und/ oder Ressourcen einer vermeintlichen Bedrohung ausgesetzt sind. Die Behauptung der verschiedenen Wertigkeiten erwächst aus dem Glauben, der (Eigen)Wert, den Gesellschaftsmitglieder aus kollektiven Identitäten ableiten, sei in Gefahr, auch wenn parallel Normen der Gleichwertigkeit postuliert werden.

Im Folgenden erstatten wir Bericht über das Pilotprojekt *ZuGleich*, das von der Stiftung *Mercator* gefördert und vom *Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* der Universität durchgeführt wird. Es ist ein Pilot, da sich das hier geförderte Projekt schwerpunktmäßig auf die Sicht der Etablierten, also der sogenannten autochthonen Deutschen, konzentriert und die Sicht von BürgerInnen mit Einwanderungserfahrungen stärker in eine Analyse des interkulturellen Zusammenlebens münden soll.

Nachdem die methodischen Grundlagen kurz erörtert wurden, werden wir vier zentrale Fokusthemen, in denen die Wahrnehmung und Beurteilung der Zugehörigkeiten und Gleichwertigkeiten gesellschaftlich bedeutsam sind, ausleuchten; gemeint sind hiermit Bereiche, die eine wichtige Grundlage für das interkulturelle Zusammenleben darstellen.

Fokus 1 wirft ein Licht auf die Frage, welche *Meinungen* BürgerInnen zur *Integration* und anderen Facetten der Veränderungen durch Wanderung haben. Zudem fragen wir, ob und wie BürgerInnen (ehemals) Eingewanderte *willkommen* heißen.

Fokus 2 beleuchtet die (wieder) erstarkte Forderung nach der *Durchsetzung oder Rückeroberung* etablierte Vorrechte von jenen, 'die schon immer da waren' und in Verdacht stehen, Ressentiments und Distanzierungen zu erzeugen.

Fokus 3 stellt wesentliche *Kriterien* heraus, die für eine *Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft* zu erfüllen sind. Die Bewertung dieser erfolgte durch autochthone Deutsche wie (ehemals) Eingewanderte gleichermaßen und besitzt erhebliches Potenzial für die Integrationsdebatte.

Fokus 4 stellt die erfassten Foki in den direkten Zusammenhang mit Vorurteilen und negativen Stereotypen gegenüber den verschiedensten Gruppen der Gesellschaft, die der Diskriminierung ausgesetzt sind, also einer *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*.

Das Projekt ZuGleich – Zugehörigkeit und (Un)Gleichwertigkeit

Das *Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung* der Universität Bielefeld hat seit 2002 die Diskriminierung und Abwertung verschiedenster Personengruppen in den Studien zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* untersucht. So lag es nahe, sich mit den eigentlichen Kernfragen zur Integrationsgemeinschaft zu beschäftigen und den Fokus auf die allgemeine (Un)Gleichwertigkeit zu legen, deren Verständnis und Klärung eng mit der Frage nach Zugehörigkeit verknüpft ist.

Wie denken und fühlen BürgerInnen, insbesondere jene, die als 'Einheimische', eben autochthone Deutsche, bezeichnet werden? Wie willkommen werden Zuwanderungsgruppen tatsächlich geheißen? Wie fest ist die Gleichwertigkeit von Gruppen verankert? Welche Verhaltensabsichten gegenüber jenen, die sie zur Einwanderungsgesellschaft gemacht haben, äußern autochthone BürgerInnen? Und wovon sind ihre Vermessungen zur Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit – eben dem 'Zugleich' – abhängig?

ZuGleich wurde als Pilotstudie zu einer vertiefenden Analyse der Wahrnehmungen der nicht Eingewanderten und der Zugewanderten entwickelt. Das Projekt erstattet Bericht über förderliche, protektive und behindernde wie destruktive Einstellungen, Meinungen, Gefühle und Vorstellungen der BundesbürgerInnen gegenüber Gruppen, die potenziell diskriminiert werden können.

Dazu haben wir eine theoretisch sowie empirisch fundierte repräsentative Umfrage entwickelt, welche im Winter 2013, mit weniger Befragten im Januar 2014, durchgeführt wurde. Ermittelt wurden ein- und ausschließende Identitäten und Meinungen zur Zugehörigkeit. Die Leitfrage, die das Projekt prägt, lautet: *Wer gehört aus Sicht der BürgerInnen (ab) wann und unter welchen Voraussetzungen in der Gesellschaft dazu und wer nicht? Und inwiefern geht eine (wie auch immer geformte) Zugehörigkeit mit einer Anerkennung der Gleichwertigkeit und -berechtigung einher?*

Als Ausdruck und Werkzeug der Herstellung von (Un)Gleichwertigkeit sind unseres Erachtens Vorurteile und Diskriminierung(sbereitschaft) besonders relevant. Dabei ist festzustellen, dass die Frage nach Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit keinesfalls banal und einfach zu beantworten ist. Sie ist unmittelbar verbunden mit der Frage nach der Integration, genauer gesagt, den Integrationsvorstellungen der BürgerInnen. In direkter Begleitung sind ebenso spezifische Dispositionen und Lebensumstände zu ermitteln, unter denen die Einstellung gegenüber Zugehörigkeit/en und der Gleichwertigkeit von Gruppen entwickelt werden.

Nur, was verstehen BundesbürgerInnen unter Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit und in welchem Zusammenhang stehen die Integrationsaspekte? Schließlich gestalten sich Zugehörigkeiten und Bemessungen der Gleichwertigkeit als keine starren, sondern dynamischen Größen, die mit den Gruppen variieren, in die BürgerInnen eingebunden sind: Sie können nach engen, schwer überwindbaren oder großzügig zugesprochenen Kriterien bewertet werden; sie können offen abgelehnt oder subtil zurückgewiesen werden; sie können sich in Überzeugungen und klaren Ideologien politischer Bindungen einnisten oder auf emotionaler Ebene geäußert werden; sie können klar und strukturiert oder ambivalent und ‚fuzzy‘ in den Schemata, mit denen BürgerInnen die Welt betrachten, angelegt sein; sie können sich letztlich nach einem Etablierten- oder Außenseiterstatus oder die Binnen- und Außenperspektive, wie sie beispielsweise durch die Migrationserfahrung gegeben ist, unterscheiden. Aus der Sicht der empirischen Forschung ist dies auch immer mit der Frage verbunden: Wie zuverlässig können wir sie messen?

Methodik und Datengrundlage

In der Studie *ZuGleich* wurde auf der Grundlage von Befunden der Integrations- und Akkulturations- sowie der Konfliktforschung über Differenzen zwischen Gruppen (vgl. Zick, 2010) und neuen wissenschaftlichen Überlegungen eine repräsentative Umfrage unter den BundesbürgerInnen durchgeführt. Diese Untersuchung ist eine empirische Umfragestudie (Survey), die einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentiert. Für die *ZuGleich*-Studie wurden in wissenschaftlicher Kooperation mit dem Sozialwissenschaftlichen Umfragezentrum Duisburg (SUZ) (namentlich Frank Faulbaum, Marc Danullis und Team) insgesamt 2.006 repräsentativ ausgewählte volljährige Personen zwischen November 2013 und Januar 2014 telefonisch befragt.⁴ Telefonumfragen haben den Vorteil, dass die Befragten weniger den Eindruck haben, sie müssten angesichts des persönlichen Interviews sozial erwünscht antworten. Insbesondere Meinungen zu politischen Einstellungen und intergruppalen Beziehungen werden von den InterviewpartnerInnen verlässlicher beantwortet. (vgl. u.a. Hippler/ Schwarz 1990; Friedrichs, 1990; Schwarz et al, 1991)

⁴ Die Studie umfasste einen kognitiven Pre-Test sowie eine CATI-Umfrage. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach dem Verfahren von Gabler/ Häder, 1997, welches eine reine Zufallsauswahl aller Privathaushalte mit Telefonanschlüssen zulässt und hierbei nicht eingetragene Haushalte im Telefonbuch berücksichtigt. Die einfache Zufallsauswahl ist dadurch begründet, dass jede Stichprobe gleichen Umfangs von Privathaushalten mit Telefonanschluss die gleiche berechenbare Chance besitzt, in die Stichprobe zu gelangen. Darüber hinaus werden beim Gabler/ Häder-Verfahren zunächst nur zufällige Nummernfolgen erzeugt, von denen nur ca. 40% im Festnetz und 25 % im Mobilfunk letztlich gültige Telefonnummern ergeben. (vgl. des Weiteren: Gabler/ Häder, 1998; Gabler/ Häder, 1999)

Messinstrumente

Für die Befragungen nutzten wir einerseits erprobte Messinstrumente der internationalen Forschung und unserer zehnjährigen Umfragepraxis. Andererseits entwickelten wir neue Instrumente, die mithilfe von Stellungnahmen aus verschiedenen Medien geprägten Foren gewonnen wurden. Diese wurden in insgesamt fünf Vortests mit Studierenden erprobt und auf ihre Verteilung, Dimensionalität, Validität und Reliabilität hin überprüft.

Die affektiven, kognitiven und verhaltensnahen Komponenten der Einstellungen wurden in Form spezifischer Aussagen erfasst und durch geschulte InterviewerInnen vorgelesen. Die Befragten konnten auf einer 5-stufigen Antwortskala – (1) "stimme überhaupt nicht zu" bis (5) "stimme voll und ganz zu" – ihre Einschätzung oder Bewertung der jeweiligen Aussage abgeben⁵. Es bestand ebenso die Möglichkeit, eine Antwort zu verweigern. Die Umfrage enthält darüber hinaus einen Split, der per Zufallsprinzip die Befragten in zwei verschiedene Themenbereiche aufgliedert und ihnen entsprechend unterschiedliche Fragen vorlegt.

Stichprobe

Es liegen die Daten von 1.069 Frauen und 937 Männern im Alter von 18 bis 94 Jahren vor, wobei der Altersdurchschnitt bei 49 Jahren liegt. Von den 2.006 Personen besitzen 276 (13,8 %) einen Migrationshintergrund (MH) und 115 entweder die doppelte Staatsbürgerschaft (22 Personen: 1,1 %) oder eine andere als die deutsche Staatsangehörigkeit (93 Personen: 4,6 %). Rund 17,4 % der Befragten verfügen über einen niedrigen Schulabschluss, 28,6 % über eine mittlere und etwa 54 % über eine hohe Schulbildung.

⁵ Der Vorteil der 5-stufigen Bewertungsskala liegt in der Ausweichoption auf eine neutrale Kategorie, welche die Wahrscheinlichkeit einer Antwortverweigerung deutlich verringert. Der Druck beziehungsweise Zwang zur definitiven Positionierung ist damit absent und die Person in ihrem Urteilsverhalten nicht eingeschränkt. (vgl. u.a. Rohrmann, 1978; Bortz/ Döring, 2006)

Willkommensgruß oder Entwurzelung?

Die Integrationsvorstellungen und -anforderungen der BundesbürgerInnen

Meinungen, die unmittelbar mit Verhaltensanweisungen und –forderungen zusammenhängen zeigen, dass Einstellungen, die ein offenes 'Willkommen' für Andere, gar Fremde, beinhalten - oder eben nicht - sowohl förderlich als auch hinderlich für die Integration sind, sobald die Neuhinzugekommenen Teilhabe anstreben.

Ein einschlägiges Konzept, welches diese Stimmungen aufgreift, stellen die Akkulturationsorientierungen dar, das heißt Einstellungen zur Zuwanderung, Einwanderung und zur Art und Weise, wie diese zu geschehen habe (vgl. Zick, 2010). Im engeren wissenschaftlichen Sinne bildet die Integration nur eine Facette solcher Orientierungen ab. In der BRD hat sich hingegen über viele Jahre hinweg eher die Assimilationsorientierung fest verankert und damit die Vorstellung, dass ‚Fremde‘ sich an die Mehrheitskultur anzupassen haben.

Willkommen in der neuen Heimat?

'Willkommenskultur' und 'Heimat' sind Schlagworte, mithilfe derer insbesondere in den letzten Jahren eine innovative wie positive Zuwanderungsstimmung formal oder informal etabliert wurde beziehungsweise werden sollte. Vor allem Unternehmen haben unter dem Etikett des positiv besetzten Empfangs neue Wege der Anwerbung und Integration ausländischer LeistungsträgerInnen entwickelt. Mittlerweile versuchen auch Kommunen verstärkt Willkommenskulturen für ZuwanderInnen zu etablieren, kraft derer der Zugang in die deutsche Gesellschaft erleichtert werden soll. Dennoch setzen insbesondere rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen wie Parteien dem 'Willkommen von Ausländern' ein überaus engmaschiges Konzept von Heimat entgegen: Eine Heimat Deutschland kann es für Menschen demnach nicht geben, sofern sie woanders aufgewachsen sind. Während also die einen Vielfalt und Diversität, die mit einer Willkommenskultur und der Befürwortung einer neuen Heimat in Deutschland unterstrichen werden, begrüßen, sehen andere vielmehr eine Bedrohung in der anerkannten Vielfalt und stellen die Zugehörigkeit wie Gleichwertigkeit (ehemals) Eingewanderter infrage.

Wie sehr aber heißen die BürgerInnen Menschen, die nach Deutschland gewandert sind, tatsächlich willkommen? Wie stark wird befürwortet oder schlichtweg abgelehnt, dass ZuwanderInnen in Deutschland eine neue Heimat finden (wollen)? Und wie positiv wird die Vielfalt als ein Migrations-Resultat von autochthonen Deutschen wirklich wahrgenommen?

In der Tat schlägt sich dieser bisher ausgebliebene Konsens, die fehlende Entschiedenheit für ein Miteinander kraft Willkommenheißung und der Anerkennung, dass Deutschland für (ehemals) Eingewanderte ebenso Heimat (geworden) ist, auch in den Bewertungen der Befragten nieder; diese können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

**Tab. 1.1: Individuelle Willkommenskultur unter autochthonen Deutschen⁶
(Angaben in Prozent)**

Indikatoren	trifft nicht zu	trifft zu	Fall- zahl
<i>Willkommenskultur</i>			
Eine stärkere Willkommenskultur für die Migranten in Deutschland würde mich freuen.	31,0	36,0	790
Es gefällt mir, dass sich so viele Migranten für Deutschland als neue Heimat entscheiden.	28,0	35,9	786
Ich freue mich darüber, wenn sich immer mehr Migranten in Deutschland zu Hause fühlen.	18,8	54,7	790
Ich freue mich, dass Deutschland noch vielfältiger und bunter wird.	24,8	47,2	793
<i>Involviertheit</i>			
Es ist mir egal, wie Migranten in Deutschland leben.	63,6	14,2	789

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung. Die Befragtenzahl reduziert sich hier aufgrund der Verwendung des Fragebogen-Splits auf insgesamt 807 Personen, die als autochthone Deutsche identifiziert wurden.

So geben zwar insgesamt 36,0 % der autochthonen Deutschen an, sich über eine stärkere Willkommenskultur zu freuen, allerdings lehnt auch beinahe die gleiche Befragtenzahl diese gleichermaßen ab. Währenddessen findet nahezu jede/r Zweite/r Gefallen daran, dass "Deutschland noch vielfältiger und bunter wird". Ungeachtet des eher engen Heimatentwurfs für ausschließlich Deutsche ohne Migrationshintergrund, wie es seitens rechtsgerichteter Initiativen und Parteien definiert ist, erkennt doch ein Großteil der Befragten an, dass MigrantInnen sich in Deutschland nieder(ge)lassen (haben). Interessanterweise ist hier jedoch zwischen zwei Perspektiven zu differenzieren: Wohl zeigen sich mehr als die Hälfte aller Befragten erfreut darüber, wenn (ehemals) Eingewanderte sich in Deutschland zunehmend "zu Hause fühlen". Geht es jedoch um die bewusste Entscheidung für Deutschland, das MigrantInnen als neue Heimat wählen, reduziert sich die Zustimmung hingegen um beinahe 20 Prozentpunkte. Absolute Gleichgültigkeit gegenüber der Diskussion um Integration und dem generellen (Zusammen)Leben in Deutschland findet sich bei jedem/r siebten Befragten. Diesen 14,2 % ist es

⁶ Eine detaillierte Aufstellung der Durchschnittswerte und deren Standardabweichungen findet sich im Anhang, Tab. 1.13

schlichtweg "egal, wie Migranten in Deutschland leben", während hingegen nahezu zwei Drittel durchaus Interesse daran angeben.

Auch die soziodemographische Kontrolle erweist sich als aufschlussreich: Willkommen heißen werden MigrantInnen vor allem von Personen mit hohem Bildungsniveau und dies signifikant verschieden zu den niedrigeren Bildungsgraden (vgl. Anhang, Abb. 1.3). So bewegen sich Befragte mit niedrigem Bildungsniveau eher im ablehnenden Durchschnittsbereich der Willkommenskultur und sprechen sich gleichsam gegen ein Heimatkonzept aus, welches auch für MigrantInnen geöffnet ist. Ähnliches gilt für die Altersgruppen: Hier darf ebenfalls davon ausgegangen werden, dass, je niedriger das Alter der Befragten, desto aufgeschlossener und aufnahmebereiter sind die Befragten. Das Geschlecht nimmt hingegen keinen Einfluss auf die persönlich gepflegte Willkommenskultur; Frauen wie Männer liegen gleichauf in ihrer Bewertung einer eher positiven Haltung gegenüber MigrantInnen, die in Deutschland Fuß fass(t)en.

Gleiches zeigt sich mit Blick auf den fehlenden Geschlechtseffekt hinsichtlich einer persönlichen „Egal-Haltung“ gegenüber dem Leben der MigrantInnen in Deutschland (vgl. Anhang, Abb. 1.4). Die befragten Frauen und Männer unterscheiden sich nicht signifikant in ihrer jeweiligen Involviertheit. Auch für das Alter lässt sich keine eindeutig signifikante Verschiedenheit feststellen. Für die Unterschiede des angegebenen Desinteresses nach Bildungsgrad darf hingegen erneut festgehalten werden, dass, je höher das Bildungsniveau, desto höher die Involviertheit. Im Umkehrschluss bedeutet es, dass vor allem Personen, die über eine geringe Schulbildung verfügen, sich eher als gleichgültig und teilnahmslos gegenüber dem Leben der MigrantInnen in Deutschland beschreiben lassen.

An dieser Stelle lässt sich also zusammenfassend festhalten, dass sich mehr autochthone Deutsche für eine stärkere Willkommenskultur und die generelle Präsenz von MigrantInnen erwärmen können als selbiges ablehnen. Eine beträchtliche Zahl zeigt sich erfreut darüber, dass (ehemals) Eingewanderte Deutschland zunehmend als Zuhause begreifen und schätzt die wachsende Vielfalt. Allerdings scheinen die Befragten, und dies ist wiederum bedenklich, zwischen MigrantInnen, die 'bereits hier sind' und jenen, welche sich (zukünftig) für Deutschland als neue Heimat entscheiden (könnten), deutlich zu differenzieren. Die enorme Spanne in der prozentualen Zustimmung sollte, trotz der generell positiven Grundeinstellung, keineswegs als Bagatelle abgetan werden. Vielmehr macht sie die Überlegung notwendig, autochthone Deutsche könnten die Tatsache, dass MigrantInnen/ Deutsche mit Migrationshintergrund in Deutschland leben, nur hinnehmen oder sich damit abfinden, während sich ein

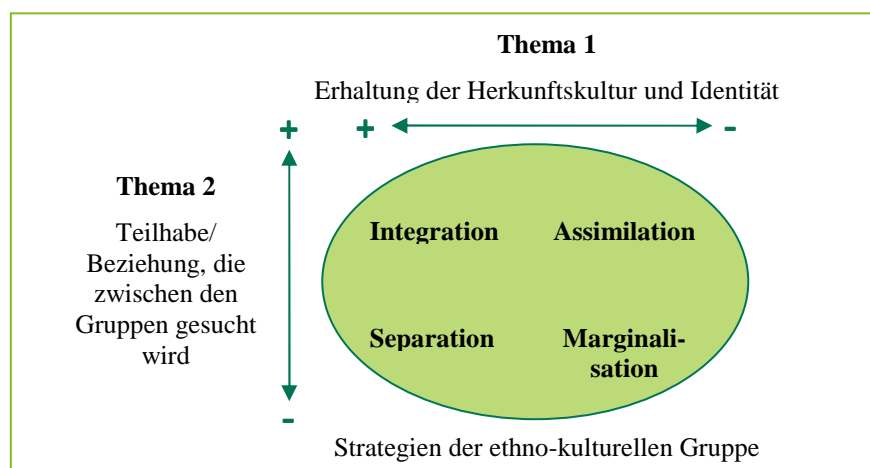
gewisser Anteil eventuell vorbehält, 'wenigstens' Ressentiments gegen jene zu äußern, die sich bisher nur interessiert an Deutschland als neue Heimat zeigen.

Eine weitere Frage stellt sich hinsichtlich der fehlenden Involviertheit und deren mögliche Auswirkungen auf das Miteinander von Deutschen und (ehemals) Eingewanderten. Interessanterweise steht ebendiese Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben der MigrantInnen in keinem Zusammenhang mit der Befürwortung oder Ablehnung einer Willkommenskultur⁷. Dies ist insofern bedeutsam, als dass bis hierhin davon ausgegangen werden kann, dass Desinteresse und Unbeteiligtheit nicht zwangsläufig mit einer häufig unterstellten Negativ-Haltung gegenüber MigrantInnen/ Deutschen mit Migrationshintergrund einhergehen muss.

Leben und leben lassen – Akkulturationsorientierungen

Bei der Erfassung der Überzeugungen zur Art und Weise, wie EinwanderInnen sich in Deutschland einleben können, wie sie teilhaben und sich anpassen können, folgen wir der anerkannten Unterscheidung von Akkulturationskonzepten nach Berry (1986). Während ältere Modelle eine eher eindimensionale Idee pflegen und Akkulturation gleichbedeutend mit der Assimilation der spezifischen Minderheit an die Mehrheitskultur verstanden wird, bestimmt Berry sein Konzept nach zwei zentralen Fragen: Wie sehr wird die Teilhabe von MigrantInnen an der Gesellschaft akzeptiert oder gar gewollt, das heißt die Partizipation an Ressourcen, aber auch interkulturelle Beziehungen? Und wie sehr ist die Mehrheitsgesellschaft einverstanden, dass MigrantInnen ihre eigene kulturelle Herkunft in Deutschland aufrechterhalten können (und wollen)? Aus der Ablehnung beziehungsweise Befürwortung beider Fragen lassen sich vier Varianten der Akkulturation unterscheiden (vgl. auch Zick, 2010):

Abb. 1.1: Varianten der Akkulturation



Quelle: Eigene Darstellung nach Berry, 1986: 26

⁷ vgl. hierzu die Korrelationsmatrix im Anhang, Tab. 1.14

Der ‚ideale‘ Fall für ein gleichwertiges Miteinander, das jedoch auch die meisten Aushandlungen benötigt, stellt die Integrationsvariante dar: Das Bedürfnis nach Aufrechterhaltung der eigenen Kultur beziehungsweise Identität auf Seiten der ethno-kulturellen Gruppe wird anerkannt und akzeptiert und darüber hinaus die Gelegenheit gegeben, in Beziehung mit der Mehrheitsgesellschaft zu treten oder teilzunehmen. Gemäß der Akkulturationsforschung verlangt diese Dimension sowohl von der autochthonen als auch von der zugewanderten Gruppe dementsprechend Anpassungsleistungen und dies, wenn möglich, im Gleichgewicht – eben 'zugleich'. Im Gegensatz dazu beschreibt Marginalisation die vollständige Ablehnung der Identität und Herkunftskultur und die fehlende Beziehung zur Gesellschaft. Es fehlt die tatsächliche Teilhabe. Die beiden übrigen Akkulturationsvarianten (Assimilation und Separation) fallen hingegen eindimensional aus. Wie bereits erwähnt, hieße dies für die Assimilation die Aufgabe der eigenen Kultur und stattdessen die absolute An- beziehungsweise Einpassung an/in jene der Mehrheitsgesellschaft, während die Separation den umgekehrten Fall darstellt – die Beibehaltung der Identität und Herkunftskultur in Gänze und eine zugleich starke Isolation von der Majorität.

Diese Unterscheidung der verschiedenen Vorstellungen, wie die Aneignung von Kultur und spezifischen Lebensweisen vonstattengehen kann beziehungsweise soll, wurde auch im *Zugleich*-Projekt analysiert, wobei hier bereits etablierte Messinstrumente zum Tragen kamen⁸. Wie der nachstehenden Tabelle 1.2 zu entnehmen, ist zwischen einer individuellen, subjektbestimmten und einer eher abstrakten, generellen Einschätzung der deutschen Mehrheitsgesellschaft zur Teilhabe/ Beziehung und dem Kulturerhalt unterschieden worden. Diese zunächst nur theoretisch vermutete Differenz bestätigt sich im Vergleich der Häufigkeiten.

So zeigt sich, dass die Wertschätzung der Teilhabe und des Kulturerhalts von MigrantInnen wie Deutschen mit Migrationshintergrund auf der individuell-persönlichen Ebene im Vergleich zur eher gemeinschaftlich-abstrakten Ebene sehr viel höher ausfällt. Die Befragten schreiben sich eine sehr viel größere Anerkennungsbereitschaft und Akzeptanz zu als der deutschen Mehrheitsgesellschaft im Allgemeinen. Trennen beide Ebenen hinsichtlich der Teilhabe/ Beziehung noch rund 12,5 Prozentpunkte, sind es beinahe doppelt so viele Befragte, die persönlich für einen Kulturerhalt der (ehemals) Eingewanderten plädieren, wie dies für die allgemeine Meinung der Deutschen gehalten wird. Ein nahezu identisches Verhältnis zwischen der individuell-persönlichen Einschätzung und der bewerteten Perspektive der deutschen Majorität zum Kulturerhalt findet sich auch für die befragten MigrantInnen/ Deutschen mit Migrationshintergrund selbst. Zwei Drittel heißen es gut, wenn kulturelle Wurzeln gepf-

⁸ vgl. insb. van Dick et al, 1997

legt werden, während nur 39,9 % annehmen, auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft würde dies befürworten.

Tab. 1.2: Akkulturationsorientierungen, autochthone Deutsche und MigrantInnen/ Deutsche mit Migrationshintergrund (MH) im Vergleich (Angaben in Prozent)⁹

Indikatoren	autochthone Deutsche		MigrantInnen/ Deutsche mit MH	
	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu
<i>Teilhabe und Beziehung</i>				
Mir ist es wichtig, dass Menschen die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an unserem Leben teilhaben.	3,2	83,1	/	/
Die Deutschen sollten Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an ihrem Leben teilhaben lassen.	5,1	70,6	6,2	71,5
<i>Kulturerhalt</i>				
Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehielten.	9,9	59,6	7,6	66,5
Die Mehrheit der Deutschen findet es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehielten.	28,9	32,6	25,4	39,9
<i>Anpassung</i>				
Die MigrantInnen müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.	15,2	52,9	13,6	55,4
Die Deutschen müssen sich mehr an die MigrantInnen anpassen.	60,3	12,3	57,1	17,6

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung.

Die Befragtenzahl liegt hier bei insgesamt 2 006 Personen, von denen 391 einen Migrationshintergrund oder keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Hinsichtlich einer generellen Anpassungsforderung scheinen sich beide Personenkreise ähnlich einig. Mehr als jede/r Zweite, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, erwartet von den MigrantInnen die Bereitschaft und Leistung einer Anpassung an die Deutschen. Der umgekehrte Anspruch an die Mehrheitsgesellschaft wird von nur 12,3 % der autochthonen Deutschen und immerhin 17,6 % der MigrantInnen/ Deutschen mit Migrationshintergrund gestellt.

Die 'ideale' Akkulturationsvariante der deutschen Mehrheitsgesellschaft

Unter Rückbezug auf die vorgestellten Varianten der Akkulturation, stellt sich die Frage, welche diesbezüglichen Vorstellungen unter den autochthonen Deutschen vorherrschen. Die vermeintlich gewünschte Form des 'Miteinanders und Zugleichs' zwischen (ehemals) Eingewanderten und der Mehrheitsgesellschaft lässt sich bereits an den einfachen Häufigkeitsverteilungen ablesen: Der Großteil aller Befragten plädierte für die vollständige Teilhabe bei

⁹ Eine detaillierte Aufstellung der Fallzahlen, Durchschnittswerte und deren Standardabweichungen findet sich im Anhang, Tab. 1.15 – Tab. 1.16

gleichzeitigem Kulturerhalt (Dimension der Integration) (vgl. Tab. 1.2). Mit Blick auf die Ergebnisse in Tabelle 1.3, welche die Zustimmungen und Ablehnungen der individuell-persönlichen Einzelaussagen ins Verhältnis setzt und mithilfe derer die vier Akkulturationsvarianten rekonstruiert werden können, bestätigt sich dies einmal mehr.

Tab. 1.3: Die Akkulturationsvorstellungen der deutschen Mehrheitsgesellschaft (Angaben in Prozent)

Mir ist es wichtig, dass Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an unserem Leben teilhaben.	Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehalten.	
	stimme nicht zu	stimme zu
stimme nicht zu	<i>Marginalisation</i> 4,1	<i>Separation</i> 6,5
stimme zu	<i>Assimilation</i> 31,6	<i>Integration</i> 57,8

Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Es sind nur die autochthonen Deutschen berücksichtigt, deren Zahl sich auf insgesamt 1 615 beläuft.

Deutlich mehr als jede/r zweite Befragte ist vom Konzept der Integration überzeugt und befürwortet damit sowohl die Teilhabe als auch den Kulturerhalt von EinwanderInnen. Beinahe ein Drittel der autochthonen Deutschen gab an, dass Assimilation der 'richtige' Weg sei und sind durchaus willens, Teilhabe an der Mehrheitsgesellschaft zu ermöglichen, wenn die Herkunftskultur aufgegeben wird. Immerhin noch rund 5,0 % sprechen sich entweder für die Separation der MigrantInnen als Akkulturationsmuster aus – Verweigerung des Zugangs zur deutschen Majorität bei gleichzeitiger Befürwortung des Kulturerhalts – oder für die absolute Marginalisation der (ehemals) Eingewanderten – die Ablehnung vollständiger Teilhabe wie der Aufrechterhaltung der Herkunftskultur.

Mit Blick auf die soziodemographischen Unterschiede erweisen sich das Alter und der Bildungsgrad als besonders einflussreich (vgl. Anhang, Abb. 1.5). So zeigen sich insbesondere Personen im Alter von 36 – 60 Jahren dem Integrationskonzept eher offen gegenüber, während die Präferenz von Teilhabe und Kulturerhalt in der jüngeren (18 – 35 Jahre) und älteren Generation (61 Jahre und älter) signifikant niedriger ausfällt. Wie bereits im Rahmen der individuell-persönlichen Willkommenskultur lässt sich des Weiteren ein signifikanter Unterschied nach Bildungsgrad nachweisen: Je höher das Bildungsniveau der Befragten, desto stärker auch deren Zustimmung zur Integration als Akkulturationsvariante. Das Geschlecht nimmt hingegen erneut keinen Einfluss.

Eingliederung nur in eine Richtung?

Prozesse der Akkulturation, das heißt der Aneignung von neuen kulturellen Umgebungen, müssen nicht notwendigerweise als Einbahnstraße verstanden werden, auch wenn BürgerInnen, die eine bedingungslose Assimilation fordern, damit auch wollen, dass Anpassung nur in eine Richtung geht. Integration bedeutet in erster Linie, sich auf jemanden einzustellen und Veränderung zuzulassen. Nichtsdestotrotz erfordert die Gewissheit der Präsenz weiterer, auch 'unerwünschter' Gesellschaftsmitglieder eine Reaktion, eine Entscheidung, selbst wenn diese in (bewusste) Gleichgültigkeit mündet.

Integration erfordert natürlich einen gewissen Anpassungsdruck bei allen Beteiligten. Allerdings teilen sich die Meinungen darüber, wer sich zuerst auf wen zubewegen soll. Mit Bezug auf die einfachen Häufigkeitsverteilungen (vgl. Tab. 1.2) sprechen sich mehr als die Hälfte aller Befragten diesbezüglich eher für die einseitige Anpassung der (ehemals) Eingewanderten aus. Doch lassen sich weitere Vorstellungen zur Anpassung identifizieren, die mithilfe der oben genannten Aussagen abgebildet werden können:

- *Annäherung*: Sowohl von den Autochthonen als auch von den Eingewanderten wird eine Anpassungsanstrengung verlangt
- *Assimilation*: Es wird einzig die Anpassung von den Eingewanderten verlangt
- *Öffnung*: Die Anpassungsanstrengung wird auf Seiten der Autochthonen gesehen
- *Neutralität*: Es wird gar keine Anpassungsleistung verlangt

Das Verhältnis beider Meinungen (vgl. Tab. 1.4), macht kenntlich, welche Form/en der Anpassung die deutsche Bevölkerung präferiert.

Tab. 1.4: Anpassungsvorstellungen, autochthone Deutsche und MigrantInnen/ Deutsche mit MH im Vergleich (Angaben in Prozent)¹⁰

	autochthone Deutsche		MigrantInnen/ MH	
	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu
Die Migranten müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.	Die Deutschen müssen sich mehr an die Migranten anpassen.			
stimme nicht zu	<i>Neutralität</i> 29,6	<i>Öffnung</i> 4,9	<i>Neutralität</i> 26,6	<i>Öffnung</i> 5,6
stimme zu	<i>Assimilation</i> 55,1	<i>Annäherung</i> 10,5	<i>Assimilation</i> 52,1	<i>Annäherung</i> 16,8

Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Die Befragtenzahl liegt hier bei insgesamt 2006 Personen, von denen 391 einen Migrationshintergrund oder keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

¹⁰ Die Forderung nach Öffnung gegenüber MigrantInnen/ Personen mit MH und Assimilation derselben sind auf ihre soziodemographischen Effekte hin untersucht worden. Die Unterschiede nach Geschlecht, Alter und Bildung sind im Anhang einzusehen; Tab. 1.6

Mit erheblichem Abstand setzt sich die Perspektive der Assimilation in der Gunst autochthoner Deutscher und (ehemals) Eingewanderter ab, während eine Öffnung in Form der einseitig deutschen Anpassung von den wenigsten Befragten gefordert wird. Nur rund jede/r Zehnte unter den autochthonen Deutschen hält die Anpassungsanstrengungen auf beiden Seiten für notwendig, hingegen immerhin noch 16,8 % unter den MigrantInnen/ Deutschen mit Migrationshintergrund diese Kompromissbereitschaft angeben und damit Annäherung beanspruchen. Beinahe ein Drittel aller Befragten entscheidet sich für die neutrale Perspektive.

Mit Rückbezug auf die Ergebnisse der Akkulturationskonzepte unter autochthonen Deutschen ist damit eine unverkennbare Differenz offen gelegt: Die Vorstellungen der 'idealen' wie abstrakt gedachten Akkulturationsvariante und der tatsächlichen, eher handlungsorientierten Anpassungsvorstellung stehen scheinbar nicht nur in keinem Zusammenhang miteinander¹¹, sondern widersprechen sich vielmehr. Solange also das Konzept der Integration, das Kompromissbereitschaft, Aushandlung und ebenso eine Mindest-Offenheit beider Seiten benötigt, auf der rein konzeptionellen und ideellen Ebene bewertet wird, findet diese Form der Akkulturation enorme und höchste Zustimmung. Sobald jedoch ihre praktische und wirkliche Umsetzung in den Blick genommen wird, in Form der Annäherung oder Öffnung, die Notwendigkeit von Anpassungsbemühungen auch auf Seiten der 'aufnehmenden' Gesellschaft fokussiert werden, scheint die wertgeschätzte Integration nur eine leere Hülse, gegen deren Inhalt zu füllen, sich massiv gewehrt wird.

¹¹ Der Korrelationskoeffizient beider Konstrukte liegt bei gerade einmal .09.

Doch nicht so willkommen?

Gab das vorherige Kapitel noch Anlass zur Annahme, das Verhältnis zwischen autochthonen Deutschen und MigrantInnen/ Deutschen mit Migrationshintergrund hätte sich entspannt - es bestände mehr Offenheit, mehr Willkommen und weniger 'Das Boot ist voll' - weisen die folgenden Ergebnisse auf besondere Konflikte hin.

Positive Haltungen wie die Befürwortung von mehr Vielfalt sowie der Wunsch nach einer stärkeren Willkommenskultur werden zum einen von verschiedensten Bedingungen durchkreuzt, die an die 'herzliche' Aufnahme in die Mitte geknüpft werden. Zum anderen hat jede wohlwollende Akzeptanz beziehungsweise Anerkennung der vermeintlich Neuen ihre selbstverständlichen Grenzen, deren Überschreitung meist große Empörung auslöst.

Vorrechte der Alteingesessenen – wohin man auch kommt

Ein sozialwissenschaftlich bedeutsames Konzept, welches für die Erklärung sozialer (Un)Gleichwertigkeit herangezogen wird, stellen die Etabliertenvorrechte dar. (Elias/ Scotson, 1993) Die scheinbare Vormachtstellung, die Etablierte hier für sich reklamieren und sie 'berechtigt', Voraussetzungen für eine Aufnahme zu formulieren, lassen sich in den unterschiedlichsten Alltagssituationen identifizieren; sei dies am Arbeitsplatz, im Freundes- und Familienkreis oder eben auch im Verhältnis der Autochthonen und (ehemals) Eingewanderten. Von den Neuhinzugekommenen wird verlangt, sich mit Forderungen und Ansprüchen zurückzuhalten, da der bisherige Gewinn getätigter Investitionen und Leistungen den Etablierten vorbehalten ist beziehungsweise sein sollte. Dieses Ungleichgewicht führt damit oftmals zur Vorenthaltung spezifischer Rechte und Güter und der generellen Forderung, sich als 'Neue/r' hinten anzustellen.

Für das Projekt *ZuGleich* wurde das Konzept der Etabliertenvorrechte erstmals erweitert und als allgemeine Grundhaltung im Umgang mit ‚den Neuen‘ im vertrauten Umfeld verstanden, frei von jeglicher Assoziation mit MigrantInnen. Die zuverlässige Messung des Konzepts konnte über eine Reihe von Aussagen hergestellt werden. Es stellt sich nunmehr die Frage, inwiefern sich damit bereits eine basale Mentalität identifizieren lässt, die trotz ihrer enormen Bezugsbreite maßgeblich für die Herausbildung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist.

Der Blick in die nachstehende Tabelle 1.5 zeigt, dass nahezu jede/r dritte BürgerIn davon überzeugt ist, die Bedürfnisbefriedigung derjenigen, welche ‚zuerst da waren‘, hätte Vorrang,

während Neuhinzugekommene keinesfalls auf eine Zufriedenheitsgarantie hoffen dürften. Generell steht für mindestens jede/n sechsten Befragte/n fest, dass sich Personen, die neu in einem Umfeld sind, zurückzuhalten haben, "wenn es nicht für alle reicht" und erst recht unberechtigt sind, "Ansprüche zu erheben". Den positiv formulierten Aussagen wurde jedoch sehr viel häufiger zugestimmt, wenngleich die inhaltliche Dimension nur geringfügig abweicht. So sind es hier nur insgesamt 15,0 % Befragte, welche bestreiten, dass die 'Neuen' die Teilhabe an Gütern ebenso verdient hätten "wie alle anderen auch". Allerdings sind sich rund 85,3 % der BürgerInnen einig, es sollten die gleichen Rechte für alle gelten, egal wer wann und unter welchen Umständen dazu gestoßen ist.

Tab. 1.5: Zustimmung und Ablehnung von Etabliertenvorrechten¹²
(Angaben in Prozent)

Wer irgendwo neu ist bzw. später hinzukommt, ...	stimme nicht zu	stimme zu	Fallzahl
... der sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	36,0	32,4	1 983
... dem sollte genauso viel zustehen wie allen anderen auch.	15,0	61,3	1 978
... der sollte die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.	5,2	85,6	2 001
... der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.	48,5	19,8	1 974
... der sollte sich hinten anstellen, wenn es nicht für alle reicht.	57,8	16,8	1 976

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung.

(Die getrennten Häufigkeitsverteilungen autochthoner Deutscher im Vergleich zu MigrantInnen bzw. Deutschen mit Migrationshintergrund finden sich im Anhang; Tab. 1.18)

Ungeachtet des durchschnittlich eher geringen Einverständnisses mit Vorrechten für die 'bereits Dagewesenen', lassen sich doch eindeutige soziodemographische Effekte festhalten (vgl. Anhang, Abb. 1.7). So weisen vor allem die ältere Generation ab 61 Jahre und Personen mit niedrigem Bildungsniveau die höchsten Zustimmungswerte im Durchschnitt auf. Darüber hinaus zeigt sich ein klarer Geschlechtereffekt in der Befürwortung von Etabliertenvorrechten, indem Männer signifikant häufiger spezifische Rechte und Güter gegenüber Neuhinzugekommenen zurückhalten würden als Frauen. Es sind also eher jüngere und weibliche Personen mit hohem Bildungsgrad, welche das Prinzip der Gleichwertigkeit sehr viel offener und freier 'leben' und selbiges eben auch im Umgang mit 'Neuen' gelten lassen.

Unsicherheit, Bigotterie oder nur eine unzuverlässige Messung?

Dass beinahe 9 von 10 befragten Personen die gesetzlich verankerte Gleichheit und damit auch das Recht, Gesetze für die eigene Person in Anspruch zu nehmen, befürworten und zu-

¹² Die Durchschnittswerte und deren Standardabweichungen können im Anhang eingesehen werden, Tab. 1.17

gleich mehr als jede/r Vierte auf den Vorrang der ‚Alten‘ pocht, zeigt deutlich, wie inkonsistent und möglicherweise auch engstirnig die deutsche Mehrheitsgesellschaft gestimmt ist (vgl. Tab. 1.5). Auch das nachstehende Kreuzverhältnis unterstreicht, wie widersprüchlich die Einstellungen der autochthonen Deutschen tatsächlich sind (Tab. 1.6).

So zeigt sich, dass nahezu ein Drittel aller Befragten zwar die gleichen Rechte für Neuhinzugekommene unterstützt, jedoch gleichermaßen meint, man müsse „sich erst mal mit weniger zufrieden geben“, wenn man später hinzukommt. Im umgekehrten Fall verwehrt jede/r Vierte den 'Neuen' die gleichen Rechte, lehnt jedoch im gleichen Zuge ab, dass selbige in ihrer Bedürfnisbefriedigung benachteiligt werden. Diese Ambivalenz setzt sich fort: Etwa 18 % der Befragten gestehen den 'Neuen' genauso viel zu "wie allen anderen auch", erkennt ihnen allerdings gleichzeitig das Recht ab, „Ansprüche zu erheben“.¹³

Tab. 1.6: Die widersprüchliche Haltung der deutschen Mehrheitsgesellschaft; Kreuztabelle (Angaben in Prozent)

Wer irgendwo neu ist bzw. später hinzukommt, ...			
... der sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	... der sollte die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.		
	stimme nicht zu	stimme zu	unentschieden
stimme nicht zu	25,8	37,2	15,9
stimme zu	42,9	30,9	39,9
unentschieden	31,3	31,9	44,2
... der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.	... dem sollte genauso viel zustehen wie allen anderen auch.		
	stimme nicht zu	stimme zu	unentschieden
stimme nicht zu	40,1	56,2	38,6
stimme zu	25,7	18,0	19,0
unentschieden	34,2	25,8	42,4

Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung. Es sind nur die autochthonen Deutschen berücksichtigt, deren Zahl sich auf insgesamt 1 615 beläuft.

Doch statt hier vorschnell auf eine gewisse Doppelmoral zu schließen, bestände ebenso die Möglichkeit, dass die Befragten schlichtweg unsicher und damit eher unbeständig in ihrer jeweiligen Bewertung der Aussagen waren, sodass das Messinstrument folglich nur bedingt zuverlässig die wesentliche Idee der Etabliertenvorrechte misst

Wie bereits erwähnt, zielte das bisherige Konzept noch unmittelbar auf das Verhältnis zwischen autochthonen Deutschen und MigrantInnen ab. Das neue Messinstrument sollte hingegen vielmehr eine allgemeine Grundstimmung wie -haltung gegenüber 'Neuen' erfassen. Die

¹³ Wenngleich der Kontext verschieden ist, reihen sich diese Befunde in die Ergebnislage aktueller Studien ein. So ermittelten Gerhards/ Lengfeld, 2013, dass die BürgerInnen des europäischen Raums für eine Gleichheit aller plädieren, gleichzeitig jedoch fähig sind, diese nach Herkunftsland zu differenzieren. Das heißt, Gleichheit für alle - für die einen mehr, für die anderen weniger.

Zuverlässigkeit eines Erhebungsinstruments lässt sich auf verschiedenen Wegen prüfen. Hier sei einzig auf die enorme Erklärungskraft hinsichtlich der Ablehnung spezifischer Gruppierungen hingewiesen, die trotz der Abstraktion, trotz des bisweilen widersprüchlichen Antwortverhaltens, eindeutig bestimmt werden kann (vgl. Tab. 1.7).

So scheint es nicht verwunderlich, dass insbesondere Minderheiten, die tatsächlich oder nur vermeintlich neu beziehungsweise später hinzugekommen sind, mit der Betonung von Etabliertenvorrechten konfrontiert werden.

Tab. 1.7: Die Erklärung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit¹⁴ durch die Etabliertenvorrechte; lineare Regressionsanalyse

	ausgesuchte Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit							
	RA	AS	FF	MF	AB	SX	HV	AL
Geschlecht	.04 (.04)	-.06 (.04)	.08 (.04)	.02 (.05)	.00 (.05)	-.05 (.04)	-.11 (.05)	.04 (.05)
Alter	.13 (.00)	.08 (.00)	.07 (.00)	.02 (.00)	.02 (.00)	.19 (.00)	.19 (.00)	-.15 (.00)
Bildung	-.27 (.01)	-.20	-.16 (.02)	-.17 (.02)	-.13 (.02)	-.13 (.02)	-.14 (.02)	-.15 (.02)
Etabliertenvorrechte	.25 (.03)	.30 (.03)	.40 (.03)	.35 (.03)	.36 (.03)	.25 (.03)	.21 (.03)	.34 (.03)
Erklärte Varianz (R ²)	19,9 %	17,9 %	23,0 %	17,5 %	16,5 %	15,4 %	14,8 %	15,6 %

Quelle: Eigene Darstellung

Legende

RA = Rassismus, AS = Antisemitismus, FF = Feindlichkeit ggü. MigrantInnen, MF = Muslimfeindlichkeit, AB = Asylbewerberabwertung, SX = Sexismus, HV = Heterosexuelles Vorurteil, AL = Arbeitslosenabwertung

Anmerkung:

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich nur auf autochthone Deutsche, also Personen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, in Deutschland geboren sind, gleiches gilt für deren Eltern. Je höher die Beta-Koeffizienten, desto größer ist auch der Einfluss des Prädiktors auf die zu erklärende Variable. Die Werte in den Klammern sind die Standardfehler. Sie geben an, wie groß die durchschnittliche Abweichung der Daten vom Analysemodell ausfällt. Alle Zusammenhänge sind mit $p < .001$ signifikant.

Wer auf den Vorrang eigener Befugnisse besteht, tendiert damit auch verstärkt zur Muslim- und Fremdenfeindlichkeit wie zur Abwertung von AsylbewerberInnen¹⁵. Die Erklärungskraft liegt hier zwischen 16,5 % bis zu 23 %. Auch rassistische und antisemitische Einstellungen lassen sich zu einem nicht unerheblichen Teil auf die Befürwortung der Vormachtstellung Etablierter zurückführen, sind jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einzig auf das bloße Verhältnis 'Alteingesessene vs. Neuhinzugekommene' zu reduzieren. Zusätzlich käme in Betracht, dass die biologistische Hierarchisierung von Gruppen und die damit einhergehende Ungleichwertigkeit der Gruppen als modifizierte Form der Etabliertenvorrechte verstanden

¹⁴ Zur Messung der verschiedenen GMF-Facetten sei auf das Kapitel *Ein Ende in Sicht? Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* verwiesen.

¹⁵ In besonders perfider Art wurde dies bei Keck, 2013 aufbereitet; entkräftet von: Becker et al 2013 und bei El-Sharif, 2014

werden können und beide Konzepte eng miteinander verknüpft sind. Interessanterweise findet sich eine vergleichsweise hohe Erklärungskraft der (Langzeit-)Arbeitslosenabwertung, die auf den ersten Blick nur schwer mit dem Konzept der Etabliertenvorrechte überein zu bringen sind. Allerdings lässt sich auch darauf verweisen, dass der beanspruchten Vormachtstellung, die gleichermaßen den Erhalt der bestehenden Ordnung dient, eine prinzipielle Ungleichwertigkeit inhärent ist, welche hier möglicherweise zum Tragen kommt. Folglich bietet diese eher konservative und reaktionäre Grundhaltung auch eine Erklärung für den Einfluss des Konzepts auf die Facetten des Sexismus‘ und heterosexuellen Vorurteils.

Wenngleich die Unterstellung der Bigotterie nicht zweifelsfrei ausgeräumt werden kann, ist der notwendige Schluss, der hier gezogen werden muss, entmutigend: Grundsätzlich findet sich durchaus eine starke Befürwortung des Prinzips der Gleichwertigkeit – bis es eingefordert wird. Solange die Neuhinzugekommenen passiv bleiben, solange sie (an)nehmen ohne zu beanspruchen und die Bedürfnisse der Etablierten ausreichend gestillt sind, dürfen sie teilhaben und werden *prinzipiell* als zugehörig anerkannt. Die Abkehr von der reinen Abstraktionsebene samt Credo ‚gleiche Rechte für alle‘ hin zum intergruppalen Verhältnis, innerhalb dessen der Verlust sehr viel wahrscheinlicher ist als der Gewinn, offenbart mehr als deutlich, wie fragil und ebenso zweifelhaft die vermeintliche Anerkennung von Gleichwertigkeit ausfällt.

„Irgendwann reicht’s, das Maß ist ohnehin voll“ – Appell zur Rückeroberung

In Anbetracht der mittlerweile 50jährigen Einwanderungsgeschichte Deutschlands lässt sich das Miteinander autochthoner Deutscher und MigrantInnen/ Deutsche mit Migrationshintergrund jedoch keinesfalls mehr nur auf diese Formel herunter brechen; ungeachtet dessen, dass eine Vielzahl der BürgerInnen ohne Migrationshintergrund immer noch überzeugt ist, auf ihr vermeintliches Vorrecht bestehen zu können. Denn darüber hinaus sind mindestens ebenso häufig Beschwerden und Empörung über die selbstverständlichen und gleichsam selbstbewussten 'Grenzübertretungen' von MigrantInnen/ Deutschen mit Migrationshintergrund zu hören. Die subjektiv wahrgenommene Umkehrung althergebrachter Machtverhältnisse (insbesondere im öffentlichen Raum) zwischen den ehemals Alteingesessenen und den 'Neuen' und die damit einhergehenden Identitätsbedrohungen führen zu scheinbar notwendigen Rückeroberungs-Aufrufen. Bisherige identitätsstiftende Status- und Machtgrenzen stehen in der Gefahr, von jüngeren MigrantInnen zunehmend respektlos wie ungefragt unterminiert zu werden (vgl. u.a. Möller/ Müller 1992; Hüttermann, 2000). Diesem Zustand kann in diesem Sinne dann nur durch selbstbewusstes Auftreten und der anerkannten Dringlichkeit, die Anderen

endlich in ihre Schranken zu weisen, Einhaltung geboten werden. Eine zweite Dimension, welche hier ebenfalls zentral ist, zeichnet sich in dem verstärkten Wunsch ab, die eigene Identität auch durch die Neu- beziehungsweise Wiederbelebung von Traditionen und Werten gegenüber den MigrantInnen zu intensivieren.

Der direkte Handlungsappell, den öffentlichen Raum, der zunehmend von MigrantInnen ‚besetzt‘ wird, zurückzuerobern und gleichsam verstärkt auf den Erhalt oder gar Wiederbelebung der eigenen Werte achtzugeben, geht ebenso mit einer enormen (Wert-)Erhöhung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber den (ehemals) Eingewanderten einher, sodass auch hier davon ausgegangen wird: Je stärker der Wunsch nach (erneuter) Zurückdrängung und der Herstellung alter Ordnungen, desto ausgeprägter ist die Ablehnung der verschiedenen MigrantInnengruppen.

Die Tabelle 1.8 legt zunächst relativ deutlich offen, dass die vollwertige Akzeptanz und Anerkennung (ehemals) eingewanderter Gruppen in den eigenen Reihen der Mehrheitsgesellschaft bisher ausgeblieben ist.

**Tab. 1.8: Zustimmung und Ablehnung des Rückeroberungsappells¹⁶
(Angaben in Prozent)**

	stimme nicht zu	stimme zu	Fall- zahl
Ich fände es gut, wenn unsere Traditionen zunehmend wiederbelebt würden.	12,6	61,4	792
Es ist wichtig, dass wir unsere Identität, Werte und Eigenschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.	14,4	59,9	801
Wir sollten in der Öffentlichkeit wieder sehr viel selbstbewusster gegenüber MigrantInnen auftreten.	42,2	33,5	782
Wir sollten vor allem jüngere MigrantInnen häufiger in ihre Schranken weisen.	46,3	26,1	775
Wir sollten stärker darauf achten, nicht von den MigrantInnen überrannt zu werden.	50,1	28,0	793

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung.
Die Befragtenzahl reduziert sich hier aufgrund der Verwendung eines Fragebogen-Splits auf insgesamt 807 Personen, die als autochthone Deutsche identifiziert wurden.

Noch immer scheinen eine Vielzahl autochthoner Deutsche eine starke Diskrepanz zwischen sich und zugewanderten Minderheiten wahrzunehmen, die mindestens mit einer Ab-, wenn nicht Ausgrenzung einhergehen. Jede/r vierte Befragte meint, man müsse vor allem jüngere MigrantInnen auf ‚ihre Plätze‘ zurückweisen und appelliert, ihre generelle Zahl im Auge zu behalten. Mehr als ein Drittel fordert darüber hinaus die Reanimierung eines ‚deutschen‘ Selbstbewusstseins und ebenso souverän in die ‚öffentliche Konfrontation‘ mit MigrantInnen zu gehen. Dieser Gedanke der Wiederbelebung erstreckt sich auch auf das Identitätsgerüst,

¹⁶ Informationen zu Durchschnittswerten und deren Standardabweichungen finden sich im Anhang, Tab. 1.19

welches rund 60,0 % der Befragten gefährdet sehen. Sie pochen auf die dringende Bewahrung wie Re-Intensivierung deutscher Traditionen, Werte und Eigenschaften.

Wie schon bei den Vorrechten der Etablierten sind es im Falle des Rückeroberungsappells insbesondere ältere Personen (ab 61 Jahre) mit niedrigerem Bildungsniveau, welche sich hinsichtlich ihrer Befürwortung signifikant hervorheben. (vgl. Anhang, Abb. 1.8) Darüber hinaus lässt sich ein Einfluss des Geschlechts feststellen, der auf den ersten Blick doch etwas überrascht: Frauen neigen auffällig häufiger als Männer zum Rückeroberungsappell. Im Detail lässt sich dies hier nicht klären, allerdings ist zu bestätigen, dass sich Personen weiblichen Geschlechts im Besonderen stärker um den Bestand 'der deutschen Leitkultur' sorgen und noch deutlicher eine generelle 'Überzahl' von MigrantInnen/ Deutschen mit Migrationshintergrund befürchten.¹⁷

Statt also einer gewissen Befriedung und Entspannung, wie sie nach über 50 Jahren Einwanderungsgeschichte nach dem 2. Weltkrieg folgerichtig wäre, scheinen sich noch immer eine erhebliche Zahl autochthoner Deutscher mit ebendieser Tatsache nicht aussöhnen zu können und erhalten eine strikte Trennung zwischen sich und den (ehemals) Zugewanderten aufrecht. Sowohl den symbolischen als auch den sozio-geographischen Raum gilt es zurückzuerobern, um die letztlich überholten und gestrigen Strukturen wiederherzustellen. Wenngleich anzunehmen wäre, dass hier zwei Dimensionen der Rückeroberung zu identifizieren und dementsprechend zu trennen seien, gehen beide Aufrufe zur alten Ordnung doch unmittelbar miteinander einher. Diejenigen, welche sich gegen die öffentliche wie selbstverständliche Präsenz von MigrantInnen wehren, verlangen ebenso nach einer Wiederherstellung der ‚deutschen Leitkultur‘.^{18 19}

'Wer zuerst kommt, mahlt zuerst' – unter allen Umständen

Das Zusammendenken der Etabliertenvorrechte und des Rückeroberungsappells offenbart sich erst auf dem zweiten Blick. Zielen die Vorrechte der Etablierten nur auf eine imaginäre Situation, innerhalb derer neue Personen in das vertraute Umfeld treten und das zukünftige Verhältnis erst noch ausgehandelt wird, birgt der Gedanke der Rückeroberung die unmittelbare Handlungsaufforderung, das bereits Geschehene rückgängig zu machen. Der Prozess

¹⁷ Erste Indizien finden sich diesbezüglich schon bei Küpper/ Zick, 2001. Die Häufigkeitsverteilungen der Zustimmungen und Ablehnungen nach Geschlecht können im Anhang eingesehen werden; Tab. 1.20

¹⁸ Wie fortschrittsfeindlich und überspannt dies mitunter ausfallen kann, findet sich in diversen Leserbriefen an PolitikerInnen mit Migrationshintergrund; vgl. Preuß, 2013

¹⁹ vgl. hierzu die Korrelationsmatrix im Anhang, Tab. 1.21

zwischen beiden Momenten lässt sich mit Querschnittsdaten nicht belegen. Die theoretischen Überlegungen legen allerdings nahe, dass beide Konzepte eng miteinander verwandt sind. Der Appell zur Rückeroberung folgt letztlich auf die Empörung und das Ärgernis darüber, die doch eigentlich festgesetzten Grenzen und (Vor)Rechte der Etablierten noch einmal explizieren zu müssen, da die Neuhinzugekommenen ebendiese missachten und übergehen. (vgl. u.a. Hüttermann, 2000; Möller/ Müller, 1992) Die Ergebnisse einer linearen Regressionsanalyse legen diesen Zusammenhang deutlich offen. Diejenigen, welche sich klar spezifische Rechte, Güter oder ähnliches gegenüber neuen Personen vorbehalten und selbigen die generelle Gleichwertigkeit absprechen, sehen sehr viel stärker die Gefahr einer potenziellen Umkehr des bisherigen Verhältnisses in der deutschen Mehrheitsgesellschaft.

Unter Berücksichtigung der soziodemographischen Einflüsse liegt eine Erklärungskraft von insgesamt 24,8 % vor, mit der die vermeintliche Notwendigkeit einer Rückeroberung sowohl des sozio-geographischen Raums als auch der Wertehoheit durch die ganz generell positive Grundhaltung gegenüber Etabliertenvorrechten zurückgeführt werden kann.

Mit Rekurs auf die bereits genannten Effekte des Konzepts im Zusammenhang mit der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. Tab. 1.7) lässt sich mit der allgemeinen Befürwortung von Etabliertenvorrechten eine überaus tragende und wesentliche Einstellung, wenn nicht gar Überzeugung, erfassen, die maßgeblich an der Herausbildung von spezifischen Bedrohungswahrnehmungen wie die tendenzielle Ablehnung verschiedenster (neuer) Gruppen beteiligt ist.

Tab. 1.9: Die Erklärung des Rückeroberungs-Appells durch Etabliertenvorrechte; lineare Regressionsanalyse

	Aufruf zur Rückeroberung			
Etabliertenvorrechte	.45 (.03)	.46 (.03)	.46 (.03)	.42 (.03)
Geschlecht		.10 (.06)	.10 (.06)	.08 (.06)
Alter			.03 (.02)	.01 (.02)
Bildungsgrad				-.19 (.02)
Erklärte Varianz (R ²) in Prozent	20,3	21,3	21,5	24,8

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich nur auf autochthone Deutsche, also Personen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und in Deutschland geboren sind, gleiches gilt für deren Eltern. Angesichts der Verwendung eines Fragebogen-Splits reduziert sich die Zahl nochmals auf insgesamt 807 Befragte.

Angegeben sind die standardisierten Beta-Koeffizienten. Je höher ihr Wert, desto größer ist auch der Einfluss des Prädiktors auf die zu erklärende Variable. Die Werte in den Klammern sind die Standardfehler. Sie geben an, wie groß die durchschnittliche Abweichung der Daten vom Analysemodell ausfällt. Alle Zusammenhänge sind mit $p < ,001$ signifikant.

Die Gegenüberstellung der Ergebnisse, welche im ersten Kapitel noch Anlass zur Zuversicht gaben und nun vielmehr durch reaktionäre und empörte Haltungen durchkreuzt werden, deu-

ten auf einen starken Konflikt in der deutschen Mehrheitsgesellschaft hin. Der Mythos des 'vollen Bootes' scheint an Resonanz zu verlieren. Dass selbiges jedoch stark ins Wanken geraten ist, da sich niemand mehr an die ihm 'zugewiesenen Plätze' hält, bekommt hingegen enorme Zustimmung. Die bisherige Ordnung und die damit verbundene Sicherheit sind gekippt. Autochthone Deutsche glauben sich in einer außerordentlichen Gefahrenlage und suchen alles erdenklich Mögliche, um mehr als glimpflich davon zu kommen. Statt allerdings konstruktiv und gemeinsam Lösungsansätze für ein Miteinander zu entwickeln, fordern sie hingegen eine Rückkehr zur alten Platzierung; utopisch, angesichts der mittlerweile fehlenden Sitzkarten.

Deutsch genug?

Ein Kriterienkatalog deutscher Zugehörigkeit und sein bitterer Nachgeschmack

„Bist du deutsch genug?“ fragt Topçu (2014) in einem *Die Zeit*-Kommentar zur Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft. Dies ist eine zynische Frage, bedenkt man, dass Topçu darauf abzielt, dass Deutschen (mit Migrationshintergrund) ein Beleg abverlangt wird, „wie deutsch sie [tatsächlich] sind“ (ebd.); ungeachtet dessen, wie lange sie bereits als deutsche StaatsbürgerInnen anerkannt sind. Das ‚rechtmäßige‘ Tragen der deutschen Staatsbürgerschaft wird, insbesondere von Personen türkischer und arabischer Herkunft, bei Wunsch nach der doppelten Staatsangehörigkeit also noch einmal geprüft (vgl. ebd.).

Nur ab wann sind 16,3 Millionen Deutsche mit Migrationshintergrund (vgl. Statistisches Bundesamt, 2013) deutsch genug? Welche Vorstellungen hegt die deutsche Gesellschaft darüber, was ihre Zugehörigkeit prägt? Wie haben MigrantInnen/ Deutsche mit Migrationshintergrund zu sein, um sich 'erfolgreich' zu integrieren und wogegen verstoßen sie mutmaßlich, wenn autochthone Deutsche die räumliche und ideelle Rückeroberung fordern? Und was ist eigentlich deutsch oder typisch deutsch? Existiert womöglich eine Art Betriebsanleitung, ein Kriterienkatalog, mithilfe dessen das 'echte Deutschsein' gemessen werden könnte? Einig ist sich diesbezüglich kaum jemand, wie sich auch in eigenen Untersuchungen herausstellte – Konsens besteht meist nur, wenn es darum geht, festzustellen, was und wer nicht deutsch ist.

In der Sozialwissenschaft wird gemeinhin davon ausgegangen, dass ebenjener Katalog relevanter Merkmale für die soziale Grenzziehung zwischen Gruppen jedweder Art zur Distinktion notwendig ist. Die Kenntnis und Pflege der auszeichnenden Attribute fördern einerseits den Konsens der Eigengruppe, andererseits sichern und legitimieren sie die Abgrenzung zur und Ausschluss aus der Fremdgruppe. Das bedeutet, die jeweilige Grenzdefinition (anhand verschiedener Charakteristika) kann maßgeblich den Umgang mit und die Einstellung gegenüber 'den Anderen' bestimmen (vgl. u.a. Tajfel/ Turner, 1979; Pehrson/ Green, 2010). Darüber hinaus, und dies spielt eine mindestens ebenso bedeutende Rolle, orientieren sich die Mitglieder bei der Festlegung und Relevanz der spezifischen Kriterien am jeweils 'besten', was ihre Gruppe zu bieten hat. Folglich gilt der- oder diejenige, welche/r die Merkmale besonders gut erfüllt, als genereller Maßstab – allerdings nicht für die Mitglieder der eigenen, sondern einzig für jene der anderen Gruppe und deren ‚Güte‘ (vgl. Elias/ Scotson, 1993). Als Resultat dessen ist ein vollkommen überzogener Kriterienkatalog erwartbar, mithilfe dessen die jeweilige Fremdgruppe bewertet wird.

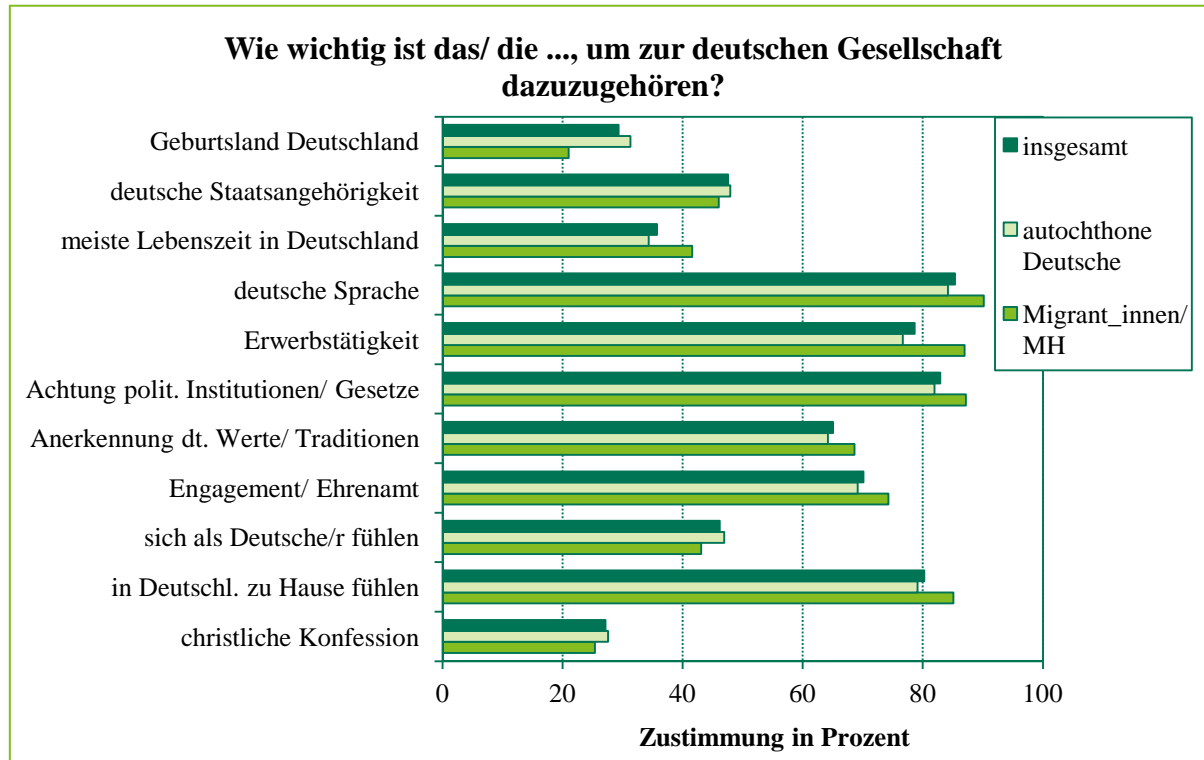
Die Kriterien deutscher Zugehörigkeit

Mit der Betrachtung der Kriterien deutscher Zugehörigkeit wurde der Frage nachgegangen, welche Merkmale sowohl auf Seiten der sogenannten autochthonen Deutschen als auch seitens der MigrantInnen/ Deutschen mit Migrationshintergrund für wichtig gehalten werden, um zur deutschen Gesellschaft dazu zugehören. Die Auswahl nimmt Rekurs auf die in öffentlichen Debatten thematisierten Kriterien, deren jeweilige Nichtentsprechung als vermeintlicher Beleg für die ausbleibende Anerkennung von Minderheiten ausgelegt wird. Neben formalen und gleichsam kategorialen Merkmalen (bspw. deutsche Staatsbürgerschaft, christliche Konfessionszugehörigkeit) wurden auch die Wertigkeiten kultureller und emotionaler Komponenten erfragt, die einem eher erlernbaren oder zumindest graduellen Moment entsprechen.²⁰ Als Ergebnis der Analyse wären, zumindest theoretisch, drei Szenarien denkbar: Es kann davon ausgegangen werden, dass sich autochthone Deutsche nahezu selbstverständlich der deutschen Gesellschaft zu- und angehörig verstehen und die Erfragung wichtiger Kriterien eher vor dem Hintergrund der Aufnahme ‚weiterer‘ Mitglieder bewertet wird. Das hieße, (1) entweder neigen sie zu einem völlig überzogenem Kriterienkatalog, mithilfe dessen sie die Güte ‚der anderen‘ bemessen. Ihre Zustimmungswerte zur jeweiligen Relevanz der abgefragten Kriterien müssten folglich durchgängig höher ausfallen als die der MigrantInnen. (2) Oder aber sie werden insbesondere solche Merkmale als wichtig erachten, die eher kategorischer Natur sind und nicht kurzerhand und ohne Umstände umgesetzt werden können. Kraft dieser exklusiveren Merkmale lässt sich neben einer deutlicheren Distinktion und Grenzsetzung auch die soziale Identität sehr viel leichter absichern. Folglich käme damit auch in Betracht, dass (ehemals) Zugewanderte vor allem Kriterien vorziehen, die erlernbar respektive schlichtweg erreichbarer sind. Mit Blick auf die eigene Biographie würden MigrantInnen dementsprechend eher dazu neigen, Merkmale, deren Umsetzung unmöglich bleibt, für unwichtiger zu erklären. (3) Denkbar wäre ebenso, dass sich durchweg höhere Zustimmungswerte auf Seiten der MigrantInnen ergeben könnten. Die Annahme, dass diese zu hoher Wahrscheinlichkeit auf die häufig an sie herangetragenen Bedingungen einer deutschen Staatsbürgerschaft Rückbezug nehmen, würde sich folglich auch im Relevanzgrad der Merkmale niederschlagen; mit anderen Worten: MigrantInnen *glauben* vielmehr, die jeweiligen Kriterien erfüllen zu müssen.

²⁰ vgl. hierzu im Besonderen: Sutterlüty/ Neckel, 2012, welche diese Praxis der graduellen und kategorialen Klassifikation am Beispiel *Türkischer Aufsteiger* diskutieren.

Die folgende Grafik dokumentiert, für wie wichtig die Befragten mit und ohne Migrationshintergrund die verschiedenen Kriterien erachten.

Abb. 1.2: Die Bedeutung verschiedener Kriterien für die deutsche Zugehörigkeit (Angaben in Prozent)²¹



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die Befragtenzahl liegt hier bei insgesamt 1 008 Personen, von denen 200 einen Migrationshintergrund oder keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Die Befragten hatten die Möglichkeit, ihre Ablehnung bzw. Zustimmung mithilfe einer Antwortskala von (1) = „überhaupt nicht wichtig“ bis (5) = „sehr wichtig“ auszudrücken. In dieser Grafik sind nur die (gewichteten) Zustimmungen enthalten, also Personen, die die Kriterien für mindestens „eher wichtig“ hielten.

Die `christliche Konfession` und `Deutschland als Geburtsland` sind nach Meinung der Befragten keine bedeutenden Kriterien, welche bei Aufnahme in die deutsche Gesellschaft eine Rolle spielen. Nur etwa jede/r Vierte empfand diese Merkmale als mindestens `eher wichtig`. Sehr viel klarer fällt das Votum zur deutschen Sprachbeherrschung und Autorität deutscher Politinstitutionen und Gesetze aus: Rund 86,0 % aller Befragten sprachen sich für die hohe Bedeutung dieser Charakteristika aus.

Im direkten Vergleich der autochthonen Deutschen und MigrantInnen/ Deutschen mit Migrationshintergrund zeigt sich zunächst, dass sich die Rangfolgen der Kriterien und deren Wichtigkeit nur geringfügig unterscheiden. Wenngleich das Verhältnis etwas unausgewogen aus-

²¹ Details zu den Fallzahlen, Durchschnittswerten und deren Standardabweichungen finden sich im Anhang, Tab.: 1.22

fällt, ist anhand der vorliegenden Daten nur das zweite Szenario zu bestätigen. So findet sich insbesondere bei den formalen und kategorialen Kriterien der deutschen Staatsangehörigkeit und des Geburtslandes Deutschland eine höhere Zustimmung auf Seiten der autochthonen Deutschen im Vergleich zu den MigrantInnen/ Deutschen mit Migrationshintergrund.

Die bereits vermutete stärkere Bejahung (ehemals) Zugewanderter hinsichtlich gradueller Kriterien trifft ein: Sofern die Möglichkeit des Erlernens oder der Erreichbarkeit gegeben ist, tendieren MigrantInnen/ Deutsche mit Migrationshintergrund stärker dazu, diese Kriterien als bedeutsam für die Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft zu bewerten. Besonders deutlich wird dies beispielsweise an der Erwerbstätigkeit oder dem ehrenamtlichen Engagement, die von ihnen mit bis zu 10 Prozentpunkten für relevanter eingeschätzt werden als unter autochthonen Deutschen. Überaus interessant erweisen sich ferner die verschiedenen Beurteilungen der emotionalen Aspekte einer deutschen Zugehörigkeit: Während MigrantInnen das "sich in Deutschland zu Hause fühlen" für wichtiger erachten als autochthone Deutsche, fordern letztere hingegen häufiger, „sich als Deutsche/r zu fühlen“.

Dieser Maßstab deutscher Zugehörigkeit legt ein Konfliktpotenzial zwischen deutscher Mehrheit und ethnischen Minderheiten offen. Indem autochthone Deutsche einerseits eher disjunkte Aufnahmekriterien anlegen (entweder-oder resp. ganz-oder-gar-nicht), welche durch die Gruppe der MigrantInnen häufig nicht erfüllt werden können (Geburtsland Deutschland, deutsche Staatsbürgerschaft) und (ehemals) Eingewanderte andererseits versuchen, sich eine 'deutsche Zugehörigkeit' mithilfe der Erfüllung eher sozialer, kultureller oder erlernbarer Merkmale zu erarbeiten, zeigt sich eine Doppelbödigkeit des 'Kriterienkatalogs': Selbst wenn MigrantInnen die deutsche Sprache beherrschen, ein demokratisches Selbstverständnis pflegen, finanziell unabhängig sind, besteht dennoch die Gefahr, dass die Anerkennung und Gleichwertigkeit spätestens dann abbricht, wenn unerfüllbare Kriterien als Bedingung für eine Zugehörigkeit gestellt werden.²²

Endliche Anerkennung oder bloßes Streben nach Homogenisierung?

Unter Rekurs auf die wesentliche Leistung einer gruppalen Merkmalsliste – Sicherung und Legitimierung der eigenen Gruppengrenzen, Vergewisserung der sozialen Identität, Förderung der Kohäsion – darf und muss nun davon ausgegangen werden, dass jene autochthonen

²² Allerdings zeigt sich an der bereits länger anhaltenden Diskussion um die Anerkennung hybrider Identitäten (vgl. u.a. Foroutan, 2009; Foroutan/ Schäfer, 2010) oder kosmopolitischen Selbstbeschreibungen (vgl. u.a. Bauer, 2013), dass sich ebenso eine Perspektive etabliert hat, welche nahezu frei von 'deutschen' Kriterien bleibt und stattdessen neue Aspekte der Selbstbeschreibung kreiert.

Befragten, welche die Messlatte gesellschaftlicher Zugehörigkeit besonders hoch hängen, dies vor dem Hintergrund einer ethnischen, kulturellen, aber auch sozialen Homogenisierung anstreben (vgl. u.a. Balke et al, 2012). Das heißt, anstatt einer mehr oder weniger zuverlässigen Messbarkeit der Erfüllung von Merkmalen, an der sich vermeintlich (Nicht-)Zugehörige orientieren können, birgt der Kriterienkatalog vielmehr eine Ablehnung von Vielfalt und *Verschiedenartigkeit*.

Zur Prüfung dieser Annahme haben wir bewusst darauf verzichtet, die Analyse auf ethnische Minderheiten zu beschränken. Stattdessen wurden alle von Vorurteilen betroffenen Gruppen untersucht (vgl. Tab. 1.10). Die Ergebnisse selbst legen deutlich offen, dass dem Kriterienkatalog auch ein Homogenisierungsgedanke inhärent ist, der vor allem die Ablehnung ethnischer Minderheiten beeinflusst.

Tab. 1.10: Der Zusammenhang des Kriterienkatalogs deutscher Zugehörigkeit und der Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

	DK	RA	AS	FF	MF	SR	AB	SX	HV	AL	OB
DK	1.000										
RA	.391	1.000									
AS	.277	.432	1.000								
FF	.404	.540	.532	1.000							
MF	.394	.449	.495	.673	1.000						
SR	.274	.233	.345	.444	.427	1.000					
AB	.305	.313	.366	.539	.445	.437	1.000				
SX	.265	.316	.304	.305	.290	.138	.157	1.000			
HV	.305	.317	.344	.330	.321	.162	.191	.460	1.000		
AL	.292	.311	.293	.430	.367	.288	.402	.256	.231	1.000	
OB	.306	.336	.312	.398	.371	.319	.324	.259	.258	.475	1.000

Quelle: Eigene Darstellung

Legende

DK = Kriterienkatalog deutscher Zugehörigkeit, RA = Rassismus, AS = Antisemitismus, FF = Feindlichkeit ggü. Migranten, MF = Muslimfeindlichkeit, SR = Feindlichkeit ggü. Sinti und Roma, AB = Asylbewerberabwertung, SX = Sexismus, HV = Heterosexuelles Vorurteil, AL = Arbeitslosenabwertung, OB = Obdachlosenabwertung

Anmerkung:

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich nur auf autochthone Deutsche, also Personen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und in Deutschland geboren sind, gleiches gilt für deren Eltern. Ihre Zahl beläuft sich auf 808 Personen.

Die abgebildeten Korrelationskoeffizienten geben an, wie stark der Zusammenhang zwischen den Variablen ausfällt. Die Koeffizienten können Werte zwischen -1 (perfekt negativer Zusammenhang) und +1 (perfekt positiver Zusammenhang) liegen, während der Wert 0 einen statistischen Zusammenhang ausschließt. Alle Korrelationen sind hochsignifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau.

So lassen sich überaus starke Zusammenhänge zwischen den Aversionen gegenüber MigrantenInnen und MuslimInnen, aber auch rassistischen Einstellungen und der Forderung, für eine Zugehörigkeit seien bestimmte Kriterien zu erfüllen, feststellen. Während an den beiden erstgenannten Gruppen die diversen Bedingungen für eine (integrative) Zugehörigkeit öffentlich

diskutiert werden, begründet sich die engere Beziehung zum Rassismus aller Wahrscheinlichkeit in der ihm inhärenten biologistischen Hierarchisierung. Das immer noch geltende Selbstverständnis des Prinzips *ius sanguinis* – das Recht des Blutes – und die damit einhergehende Vorenthaltung einer Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft findet sich sowohl in rassistischen Denkmustern als auch in der generellen und erhöhten Zustimmung zu den kategorialen Kriterien wieder. Interessanterweise macht dies aber auch nicht vor Minderheiten Halt, denen keine kulturelle oder ethnische Andersartigkeit anhaftet. Befragte, die einen strikten Maßstab dessen besitzen, was und wer zur deutschen Gesellschaft gehört, tendieren ebenso dazu, Wohnungslose und Personen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung mit Abwertung oder direkter 'Disqualifikation' zu begegnen. Folglich scheint es auch eine Art der sozialen, beinahe moralischen Homogenisierung zu sein, welche die betroffenen autochthonen Deutschen anstreben. Die vermeintlich unkonventionelle, gar unmoralische Lebenspraxis wohnungsloser und homosexueller Menschen widerspricht scheinbar dem Bilde, das sich die Befragten von 'ihrer' deutschen Gesellschaft zeichnen.

Was bedeutet dies nun in seiner Ganzheit für die Debatte um das Miteinander in Deutschland? Von einer anerkannten Zugehörigkeit, die sich mithilfe eines Merkmalskatalogs des 'richtigen Deutscheins' messen lassen könnte, sind wir weit entfernt. Sogenannte Standards, welche Orientierung und ebenso Legitimation für beide Seiten ermöglichen, bestehen nicht. Insbesondere MigrantInnen bleibt es verwehrt, auf doch erfüllte Kriterien hinzuweisen und sich ihre verdiente Zugehörigkeit einzufordern. Von der Suche "objektiver Maßstäbe für die Qualitätsprüfung" (Pham, 2014) und 'nachweisbaren' Bedingungen in der Integrations- und Anerkennungsdebatte sollte sich demensprechend zeitnah verabschiedet werden. Die "Platz[einnahme] in [der deutschen] Mitte" (Pham, 2014) gestaltet sich sehr viel komplexer und bleibt nicht nur die Auseinandersetzung selbst betreffend hochemotional; auch die spezifische Anerkennung der Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft erfolgt fern jedweder Rationalität – entgegen scheinbarer Fortschritte.

Ein Ende in Sicht? Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Willkommenskulturen, Integrationsvorstellungen und die Bereitschaft zur Kooperation wie zum Zusammenleben mit Menschen, die zugezogen und neu sind oder anders erscheinen, finden ihre Begrenzung durch Vorurteile, Stereotypen und Diskriminierungsneigungen, einer Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, die sich gegen viele Gruppen richten kann.

Unter *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* werden abwertende wie feindliche Einstellungen gegenüber einer Vielzahl sozialer Gruppen verstanden. Die (zugewiesene) Gruppenzugehörigkeit – sei diese ethnischer, kultureller oder religiöser Art, in Bezug auf das Geschlecht, eine sexuelle Orientierung, aufgrund von Arbeits- und Wohnungslosigkeit oder der Suche nach Asyl – lässt den/die einzelne/n bisweilen dahinter verschwinden und wird stattdessen einzig aufgrund eben dieser Zugehörigkeit zu einer spezifischen Gruppe mit Vorurteilen, Diskriminierung, aber auch physischer Gewalt konfrontiert. Empirische Untersuchungen belegen, dass die Ressentiments gegenüber scheinbar verschiedensten gesellschaftlichen Gruppierungen einen gemeinsamen Kern aufweisen – die Ideologie der Ungleichwertigkeit (vgl. Zick et al, 2008; Groß/ Krause/ Zick, 2012).

In unterschiedlichen Studien des IKG konnten wir bestätigen, dass Personen, die einer spezifischen Gruppe eher ablehnend begegnen – zum Beispiel MigrantInnen – auch mit größerer Wahrscheinlichkeit zur Missbilligung und Abwertung weiterer Gruppen – beispielsweise Arbeits- und Obdachlose oder Frauen – tendieren; es handelt sich also um ein Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.²³

Das Konzept *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* wurde innerhalb der gleichnamigen Langzeitstudie erstmals im Jahr 2002 eingeführt und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt. Für das Projekt *ZuGleich* war eine reduzierte Fortschreibung des GMF vorgesehen, allerdings in modifizierter Form. So ist zunächst, bekräftigt durch eigene Untersuchungen²⁴, der bisher geführte Terminus ‚Ausländer‘ durch den des ‚Migranten‘ ersetzt worden. Die zunehmend überholte und darüber hinaus synonyme Verwendung des Ausländer-Begriffs für TürkInnen oder MuslimInnen machten diese Änderung unumgänglich (vgl. u.a. Alba/ Johnson, 2000; Asbrock/ Wagner/ Christ, 2006; Asbrock et al, 2009). Bisher wurde GMF über Aussagen gemessen, zu denen die Befragten auf vier Stufen angeben konnten, wie sehr sie einer feindseli-

²³ vgl. hierzu insbesondere die GMF-Studien, die in der Reihe *Deutsche Zustände* (2002 – 2011) erschienen sind und der Blick in die Korrelationsmatrix des deutschen Kriterienkatalogs und der verschiedenen GMF-Facetten, Tab. 1.10

²⁴ vgl. Preuß, 2014: Das Fremdheitskonzept und seine empirische Erfassung (Arbeitstitel). Bielefeld (laufendes Dissertationsprojekt)

gen oder positiven Meinung über eine spezifische Gruppe zustimmen. In *ZuGleich* stellten wir den Befragten erstmalig eine 5-stufige Antwortskala zur Verfügung.²⁵

Das Ausmaß Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 2013/ 2014

Die Tabelle 1.11 führt alle Aussagen zur Messung der jeweiligen GMF-Elemente und legt offen, dass die Ablehnung feindlicher, diskriminierender wie auch vorurteilsvoller Aussagen bisweilen deutlich überwiegt. Dieses sehr ausgeprägte Ungleichverhältnis zwischen Zustimmung und Ablehnung trifft insbesondere auf die sogenannten klassischen ‚Ismen‘-Facetten zu. So werden rassistische, sexistische und mitunter auch antisemitische Aussagen im Jahr 2013 seltener befürwortet als dies bei Gruppen der Fall ist, welche die jüngere Geschichte von Intergruppenkonflikten prägen. Feindseligkeiten gegenüber Sinti, Roma und AsylbewerberInnen, aber auch MuslimInnen treten deutlich häufiger auf und halten sich hartnäckig. Mindestens jede/r fünfte Befragte unterstellt AsylbewerberInnen, sie würden bewusst täuschen, um einen Aufenthaltsstatus zu erlangen, und Sinti und Roma, ihnen wäre Kriminalitätsneigung inhärent. Die Tatsache, dass die deutsche Gesellschaft mittlerweile auch durch mehr als 4 Millionen MuslimInnen²⁶ geprägt und gleichsam repräsentiert wird, scheint währenddessen für immerhin noch rund 17,5 % der Deutschen problematisch. Statt als selbstverständlich wird die Präsenz hier vielmehr als Bedrohung wahrgenommen. Eine ähnlich hohe Zustimmung findet sich im vergleichbaren Kontext der Aussage ‚in Deutschland gäbe es schlichtweg zu viele MigrantInnen‘, mithilfe derer unter anderem das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit erhoben wurde. Jede/r sechste meint darüber hinaus, die Gruppe der (ehemals) Zugewanderten sei besonders belastend für das soziale Netz in Deutschland.

Die viel diskutierte *Ökonomisierung des Sozialen*²⁷, das heißt, die Bewertung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses von Personengruppen und die Annahme, wirtschaftliche Kriterien würden das Soziale bestimmen, erweist sich vor allem mit Blick auf die Abwertung von (Langzeit-)Arbeits- und Wohnungslosen als überaus relevant.²⁸

²⁵ vgl. Fußnote 3

²⁶ Aktuelle und genauere Zahlen finden sich etwa im Forschungsbericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz aus dem Jahre 2009 (Haug/ Müssig/ Stichs, 2009), beim Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienst e.V. (REMID), 2010 oder aber im jüngsten BAMF-Bericht, 2012 (Halm et al, 2012)

²⁷ vgl. dazu u.a.: Mansel/ Endrikat, 2007; Heitmeyer/ Endrikat, 2008

²⁸ Unsere Ergebnisse decken sich mit den bereits 2012 ermittelten Zahlen einer Umfrage im Auftrag der Agentur für Arbeit. Rund 40 % gaben damals an, Arbeitslose würden schlichtweg nicht arbeiten wollen, während 57 % der Meinung waren, sie wären zu wählerisch bei der Arbeitssuche. (vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, 2012)

**Tab. 1.11: Das Ausmaß der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, 2013/ 2014
(gewichtete Angaben in Prozent)**

Indikatoren	stimme nicht zu	stimme zu	Fall- zahl
<i>Rassismus</i>			
Es gibt eine natürliche Hierarchie zwischen weißen und schwarzen Völkern.	79,7	8,7	1 968
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	86,4	6,2	1 978
<i>Feindlichkeit gegenüber MigrantInnen</i>			
Die in Deutschland lebenden Migranten sind eine Belastung für das soziale Netz.	54,2	16,5	1 600
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Migranten wieder in ihre Heimat schicken.	77,6	8,1	1 601
Es leben zu viele Migranten in Deutschland.	64,2	15,3	1 556
<i>Muslimfeindlichkeit</i>			
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	67,9	17,5	1 925
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	79,4	7,6	1 929
<i>Antisemitismus</i>			
Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss.	77,9	8,5	1 895
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.	58,4	19,2	1 878
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig.	85,0	4,8	1 904
<i>Abwertung von Sinti und Roma</i>			
In meiner Nachbarschaft sind mir Sinti und Roma genauso recht wie andere Menschen.	22,1	47,4	1 921
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	45,7	23,1	1 809
<i>Abwertung von Asylbewerbern</i>			
Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.	36,0	34,8	1 969
Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	41,6	22,1	1 690
<i>Sexismus</i>			
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei der Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	83,8	6,4	1 991
Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	76,2	8,8	1 995
<i>Heterosexuelles Vorurteil</i>			
Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwei Männern sollten erlaubt sein.	14,7	76,2	1 994
Homosexualität ist unmoralisch.	82,4	8,6	1 974
<i>Abwertung von Langzeitarbeitslosen</i>			
Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	40,1	26,5	1 670
Wer nach längerer Arbeitslosigkeit keine Stelle findet, ist selbst schuld.	59,0	15,4	1 983
Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen.	35,9	40,4	1 976
<i>Abwertung von Obdachlosen</i>			
Die Obdachlosen in den Städten sind mir unangenehm.	48,0	19,6	1 959
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	66,8	10,4	1 909
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	61,3	15,6	1 977

Quelle: Eigene Darstellung

Dem Vorwurf des Desinteresses an einer (Wieder-)Beschäftigung stimmen 26,5 % zu, während insgesamt 40,4 % unterstellen, Langzeitarbeitslose würden auf Kosten der Gesellschaft

ein bequemes Leben genießen. Die Präsenz fehlender 'Nützlichkeit' spezifischer Gruppierungen stößt bei etwa jedem/r Fünften auf stärkere Ablehnung. So empfindet diese Befragtenzahl wohnungslose Personen als schlichtweg unangenehm in den Städten, während bis zu 15,6 % auch deren Entfernung aus belebten (Einkaufs)Straßen fordern.

Im Gegensatz zu früheren Befunden scheint insbesondere der geschlechtsspezifische Einfluss deutlich an Relevanz zu verlieren²⁹ (vgl. Anhang, Abb. 1.9). Zeigten sich Frauen im Jahr 2005 noch „signifikant fremdenfeindlicher, rassistischer und islamophob[er]“ (Küpper/ Heitmeyer, a.a.O.), fällt dieser Unterschied zu Männern in 2013 höchst zufällig aus. Auch für die Facetten der Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma und der Abwertung von sowohl AsylbewerberInnen als auch langzeitarbeits- und wohnungslosen Menschen findet sich kein signifikanter Unterschied in der Zustimmung von weiblichen und männlichen Befragten. Indessen erweist sich der Einfluss des Geschlechts auf den Antisemitismus, Sexismus und die Diskriminierung von Homosexuellen hingegen als besonders hartnäckig.

Die Einflusskraft des Alters ist ebenso eindeutig. Für nahezu alle Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit können wir festhalten: Je älter die Person, desto feindlicher, ablehnender, diskriminierender gegenüber den verschiedenen Minderheiten ist sie (vgl. Anhang, Abb. 1.10). Mit erheblichem Abstand zu den jüngeren Altersgruppen, sind es insbesondere MuslimInnen, Frauen und Menschen mit gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung, deren allgemeine Gleichwertigkeit und Präsenz von der älteren Generation in Frage gestellt wird. Die generelle Abwertung von (Langzeit)Arbeitslosen wird hingegen vor allem von jüngeren Befragten (unter 36 Jahre) geäußert und gelebt, während sich interessanterweise beide Altersgruppen, die jüngste (18 – 35 Jahre) und die älteste (61 Jahre und älter) in ihrer Ablehnung von Wohnungslosen wiederum überaus einig sind und kein signifikanter Unterschied innerhalb dessen vorliegt.

Der Bildungseffekt erweist sich auch für 2013 besonders stark (vgl. Anhang, Abb. 1.11). So treten Personen mit niedrigerem Bildungsgrad signifikant häufiger und über alle Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hinweg mit höheren Zustimmungswerten hervor. Besonders ausgeprägt ist die Spanne zwischen niedrigem und hohem Bildungsgrad in Hinblick auf rassistische wie muslimfeindliche Einstellungen, während die Unterschiede in der Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma und der Obdachlosenabwertung zwar signifikant, aber sehr viel geringer ausfallen.

²⁹ vgl. hierzu insbesondere die Beiträge Wagner/ van Dick/ Endrikat, 2002; Küpper/ Heitmeyer, 2005; Leibold/ Kühnel, 2006 und Zick/ Hövermann/ Krause, 2012 in den *Deutschen Zuständen* (2002 – 2011).

Kulturen der Abwehr im Kontext Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Welche Zusammenhänge lassen sich nun zwischen den oben genannten Meinungen zur Integration, Willkommenskultur und den Kriterien der deutschen Zugehörigkeit, zwischen den Etabliertenvorrechten und dem Rückeroberungsappell sowie der generellen Feindseligkeit gegenüber Gruppen, insbesondere ZuwanderInnen, finden? In welcher Beziehung steht die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu den Integrationsvorstellungen?

Die bisherigen Ergebnisse geben bereits erste Hinweise, wie es um den Zusammenhang von Etabliertenvorrechten (Tab. 1.7) oder dem deutschen Kriterienkatalog der Zugehörigkeit (Tab. 1.10) und GMF bestellt ist. Nun wird systematisch die Frage gestellt: In welchem Maße erklären die Konzepte die Ablehnung und Abwertung von verschiedenen sozialen Gruppen?

Zur Ermittlung der Einflüsse auf die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit - (1) Demographie, (2) Willkommenskultur, (3) Befürwortung des Integrationskonzeptes, (4) Etabliertenvorrechte, (5) Rückeroberungsappell und (6) die Kriterien der deutschen Zugehörigkeit wurden lineare Regressionsmodelle gerechnet. Angesichts des Fokus auf die Ablehnung und Abwertung von (ehemals) eingewanderten Gruppen soll sich die Ergebnis-Interpretation auch nur darauf beschränken. Hierfür wurde ein Index gebildet, der die Feindlichkeit gegenüber MigrantInnen, MuslimInnen, AsylbewerberInnen und Angehörige der Sinti und Roma zusammenfasst^{30,31}. Im Folgenden wurden nun die Konzepte (1) bis (5) Schritt für Schritt daraufhin untersucht, welchen Erklärungswert sie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beitragen (vgl. Tab. 1.12).

Modell 1 prüft die Effektstärke der Demographie: Einen stärkeren Einfluss hat hier nur das jeweilige Bildungsniveau der Befragten, allerdings geht dieser Effekt enorm zurück, sobald weitere Erklärungsfaktoren berücksichtigt werden. Über alle Modelle hinweg lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass soziodemographische Determinanten in ihrer Erklärungskraft genereller Aversionen gegen MigrantInnengruppen weit hinter die spezifischen Stimmungen zurücktreten. Soziale Einstellungen zur Integration sind also insgesamt weitaus bedeutsamer als die Zugehörigkeit zu einer demographischen Gruppe.

Modell 2 integriert neben den demographischen Determinanten nun auch die individuell-persönliche Willkommenskultur: Ihr stark negativer Effekt und die erklärte Varianz von 50,4 % legen mehr als nahe, dass sowohl ein offenes Heimatkonzept als auch die allgemeine Offen-

³⁰ Angesichts der zufriedenstellend hohen Zusammenhänge untereinander (vgl. Anhang, Tab. 1.23) und einer ausreichenden Reliabilität (Cronbach's Alpha: .79) ist dieser Vorgang ohne große Bedenken gestützt.

³¹ Sofern Interesse an weiteren Facetten besteht, sei auf den Anhang verwiesen. In diesem finden sich ausgewählte Regressionsmodelle zum Antisemitismus, heterosexuellen Vorurteil und zur Abwertung von (Langzeit)Arbeitslosen; vgl. Tab. 1.24 – Tab. 1.26

heit und wertgeschätzte Anerkennung von Vielfalt bedeutendes Potenzial bergen, die Reduktion von Feindlichkeiten gegenüber (ehemals) Eingewanderten zu erklären. Diese Einflusskraft hält sich auch über die beiden folgenden Modelle 3 und 4 hinweg.

Tab. 1.12: Die Erklärung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit durch die Kulturen der Abwehr; lineare Regressionsanalyse

	Feindlichkeit gegenüber (ehemals) eingewanderten Gruppen					
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6 ³²
Geschlecht	-.00 (.04)	.05 (.04)	.05 (.04)	.06 (.04)	.03 (.04)	-.01 (.04)
Alter	.11 (.00)	.08 (.00)	.08 (.00)	.06 (.00)	.05 (.00)	-.00 (.00)
Bildungsgrad	-.23 (.01)	-.07 (.02)	-.07 (.02)	-.06 (.01)	-.02 (.01)	-.06 (.02)
Willkommenskultur		-.67 (.02)	-.59 (.02)	-.54 (.02)	-.38 (.02)	
Befürw. Integration			-.15 (.03)	-.13 (.03)	-.12 (.03)	-.33 (.03)
Etabliertenvorrechte				.20 (.03)	.08 (.03)	.30 (.03)
Rückeroberung					.40 (.02)	
Kriterienkatalog						.30 (.04)
Erklärte Varianz (R ²)	7,2 %	50,4 %	52,1 %	55,3 %	65,3 %	44,7 %

Anmerkung:

Quelle: Eigene Darstellung

Die dargestellten Ergebnisse beziehen sich nur auf autochthone Deutsche, also Personen, welche die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, in Deutschland geboren sind, gleiches gilt für deren Eltern. Im Modell 1 beläuft sich ihre Zahl auf insgesamt 1 615 Befragte. Aufgrund eines verwendeten Fragebogen-Splits sind in den Modellen 2 – 5 noch 807 Fälle, im 6. Modell 808 Fälle enthalten.

Angegeben sind die standardisierten Beta-Koeffizienten. Je höher ihr Wert, desto größer ist auch der Einfluss des jeweiligen Prädiktors auf die zu erklärende Variable. Die Werte in den Klammern sind die Standardfehler. Sie geben an, wie groß die durchschnittliche Abweichung der Daten vom Analysemodell ausfällt. Alle Zusammenhänge sind mit $p < .001$ signifikant.

Im Modell 3 ist in einem weiteren Schritt die Befürwortung des Integrationskonzeptes aufgenommen worden. Wenngleich sie negativ auf die Herausbildung von Aversionen gegen MigrantInnengruppen wirkt, liegt die erklärte Varianz nur um 1,7 Prozentpunkte höher, demzufolge von keinem gehaltvollen Einfluss auszugehen ist.

Auch Modell 4 zeigt auf, dass das Gewicht der Etabliertenvorrechte in der Erklärung eher niedrig ausfällt. Der stärkste Effekt geht auch im vierten Modell von der persönlich-individuellen Willkommenskultur der Befragten aus.

Im Modell 5 zeichnet sich dementsprechend ein weiterer bedeutender Prädiktor ab – der Rückeroberungs-Appell. Der Einfluss auf die Feindlichkeit gegenüber (ehemals) Eingewanderten fällt enorm hoch aus, insbesondere vor dem Hintergrund des nun stark verringerten Effekts der Willkommenskultur. Der Rückeroberungs-Gedanke scheint den bisherigen Gehalt der positiven Grundstimmung und Willkommenheißung von MigrantInnen nahezu auszuhebeln und übertrifft, wenn auch nur geringfügig, ihre Effektstärke.

³² Infolge eines Fragebogen-Splits kann eine vollständige Analyse, die alle Prädiktoren enthält, nicht geleistet werden, da sich die Erfragung der Kriterien deutscher Zugehörigkeit nicht im selben Split befindet wie die übrigen Prädiktoren.

Das Modell 6, welches aufgrund eines Fragebogen-Splits nur drei interpersonale beziehungsweise -gruppale Prädiktoren enthält, weist eine Erklärungskraft von insgesamt 44,7 % auf. Neben der Befürwortung des Integrationskonzeptes und der Etabliertenvorrechte ist hier nun auch der Kriterienkatalog auf seinen Erklärungsgehalt hin untersucht worden. Die Präferenz für das Integrationskonzept, das heißt die gewünschte Beziehung zu MigrantInnen und die Akzeptanz ihrer Kultur, nimmt, wenn auch nur geringfügig, den stärksten und darüber hinaus negativen Effekt auf die Herausbildung der Feindlichkeiten, während die Etabliertenvorrechte und der Kriterienkatalog deutscher Zugehörigkeit in ihrem Einfluss gleichauf liegen.

Festzuhalten bleibt an dieser Stelle: Die reine Befürwortung auf der konzeptionell-ideellen Ebene, wie es hinsichtlich des Integrationskonzeptes der Fall ist, kann im Gegensatz zur individuell-persönlich ausgerichteten Willkommenskultur nicht dauerhaft gegen interpersonale oder auch -gruppale (Negativ-)Vorstellungen und Wahrnehmungen bestehen. Es benötigt folglich vielmehr eine klare Entscheidung für ein tatsächliches Miteinander statt für das bloße Prinzip, um der Feindlichkeit gegenüber (eingewanderten) Gruppen entgegenwirken zu können.

Das heißt, solange autochthone Deutsche an ihre wie auch immer gestaltete Vormachtschaft glauben und gleichsam festhalten, die öffentliche Präsenz (ehemals) Eingewandelter eher als Okkupation³³ denn als legitime Selbstverständlichkeit wahrgenommen wird, solange bleiben selbst positivste Haltungen mehr oder minder erfolglos in der Arbeit gegen die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

³³ vgl. auch: Neckel/ Sutterlüty, 2007 und Friedrich/ Schultes, 2013.

Es sei darauf hingewiesen, dass die geringste Erklärungskraft ($R_2 = 16,3\%$) des Rückeroberungs-Appells für die Angehörigen der Sinti und Roma vorliegt. Es ist diesbezüglich anzunehmen, dass diese noch nicht in öffentlichen wie symbolischen Gefilden 'angekommen', sichtbar geworden sind. Ihre Präsenz konzentriert sich vielmehr in spezifischen Stadtteilen, sie leben nahezu vollständig separiert, sodass ihrerseits, zumindest bisher, keine Bedrohung einer Defigurierung wahrgenommen wird. (vgl. u.a. Ulrich, 2013; Dörries, 2013; End, 2013)

Ein Zwischenfazit

Die Frage, wie Zugehörigkeiten und Gleichwertigkeit für verschiedene Gruppen nicht nur ausgehandelt, sondern auch langfristig etabliert werden können, ist und bleibt herausragend für die deutsche Gesellschaft. Sie ist andauernd und immer wieder neu zu stellen, weil der Gesellschaftsvertrag sie nicht nur vorsieht, sondern ihre Beantwortung ebenso einfordert.

Angesichts der hier vorgelegten Studie ist die Frage nach Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit ebenso drängend, da deren Etablierung trotz aller Fortschritte und Bemühungen (noch) nicht hinreichend gelungen ist. Beide Aspekte der echten Anerkennung bestehen bereits in vielen Bereichen, aber sie ‚haken‘. Den Befunden nach existieren Konfliktfelder, die eine einfache Anerkennung von Zugehörigkeiten erschweren und die Zuschreibung von Gleichwertigkeit für verschiedene Gruppen sogar infrage stellen. Dabei sind die Meinungen, Affekte und Haltungen zu den ‚Außenseitern‘ bei einem großen Teil der von uns Befragten gar nicht so eindeutig pro oder contra, sie sind vielmehr ambivalent.

In der Umfrage drängt sich zunächst eine weit verbreitete „Ja-Aber-Haltung“ in Bezug auf die Willkommenskultur, Integration und Einstellungen zu MigrantInnen auf. So findet sich zwar eine positive Offenheit und Willkommensheißung, doch fällt dies keinesfalls mehrheitsfähig aus. Darüber hinaus scheinen die Befragten gegenüber MigrantInnen, die bereits in Deutschland leben, sehr viel aufnahmebereiter und zugänglicher zu sein, während sie jenen, welche noch kommen (könnten), eher distanziert und verschlossen begegnen.

Auch die Vorstellungen zur Integration spiegeln die grundsätzlich positive Grundhaltung unter Vorbehalt gegenüber (ehemals) Eingewanderten wider: Die Mehrheit der Befragten befürwortet die Integration im Sinne der gesellschaftlichen Teilhabe. Geht es jedoch um die andere Seite der Integrationsmedaille – der Erhalt kultureller Wurzeln – reagieren die Befragten hingegen eher reserviert. Im Vergleich zu anderen Akkulturationsformen fiel die Entscheidung autochthoner Deutscher eindeutig auf die Integration als 'richtigen' Weg. Werden allerdings konkrete Integrationshandlungen erfragt, findet wiederum eine Verschiebung der Verantwortung statt. Die Richtung ist diesbezüglich unmissverständlich: MigrantInnen haben sich den autochthonen Deutschen anzupassen, nicht umgekehrt. Integration scheint tatsächlich von der Mehrheit als 'Einbahnstraße' verstanden zu werden. Statt der aktiven (Mit-)Gestaltung, wie es das Konzept der Integration benötigt, wird vielmehr das klassische Assimilationsmodell präferiert und vehement die einseitige Anpassung von MigrantInnen/ Deutschen mit Migrationshintergrund verlangt.

Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass Zugehörigkeiten und Gleichwertigkeiten im Kontext der Integration eng mit der Vorstellung althergebrachter Rechte wie Ressourcen verknüpft sind, die wenigstens auf dem bisherigen Niveau gehalten oder eben auch zurückerobert werden 'müssen'. Wenngleich die aktuellen Zahlen zu den verschiedenen Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit eher moderat ausfallen, zeigt sich durch die Kommunikation über (implizitere) Umweg-Erfragungen wie jene des Rückeroberungsappells mehr als deutlich, dass autochthone Deutsche nur begrenzt negative Haltungen zurückhalten, sondern sich diese möglicherweise vielmehr verlagert haben.

Bei der Beantwortung der Frage, wie stark die Anerkennung von Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit gegenwärtig ausfällt, ist es ebenso zentral, zu erfahren, wann MigrantInnen/Deutsche mit Migrationshintergrund ebenbürtige BürgerInnen werden (können). Die ermittelte Messlatte der deutschen Zugehörigkeit wird von den Befragten tatsächlich recht hoch gesteckt. Dies ist darin begründet, dass diejenigen Befragten, welche sich bereits hinsichtlich der Willkommenskultur und Integrationsvorstellungen, der Bemessung von Rechten oder Kriterien für eine deutsche Zugehörigkeit ablehnend äußern, auch überaus starke Vorurteile haben, die sich insbesondere gegen (ehemals) Eingewanderte richten. Für Menschenfeinde ist ‚ein Zugleich‘ mit anderen Gruppen, die nicht als ‚Einheimische‘ beurteilt werden, unvorstellbar. Das erscheint banal, aber die Menschenfeindlichkeit ist ein Filter dieser Wahrnehmung. Für alle anderen, die nicht rein menschenfeindliche Aspekte der Integration zurückweisen, ist ‚das Zugleich‘ nach unseren Befunden beschwerlich und mühselig, da die tatsächliche Zuweisung von Zugehörigkeiten und Gleichwertigkeiten durch Fragen nach althergebrachten und neuen Vorrechten verstellt wird.

Und dennoch, es gibt Wahrnehmungen und Überzeugungen in der Bevölkerung – zumindest gemessen an jenen, die wir in einer Stichprobe davon erfassen können –, die ein Fundament für die mühevollen Aufgabe, die Integration zu optimieren, bieten. Erstens findet die Mehrheit es gut, wenn auch andere sich in Deutschland zu Hause fühlen. Ist man einmal angekommen und wird dies zugleich wohlwollend gesehen, dann kann nur noch eine Menschenfeindlichkeit die Akzeptanz ausbremsen, was sie eh versucht. Zweitens ist den BürgerInnen, die hier befragt wurden, die Integrationsfrage keinesfalls gleichgültig. Die Traditionen und Identitäten, die MigrantInnen mitbringen, werden durchaus von der deutschen Mehrheitsgesellschaft wertgeschätzt. Drittens zeigt sich, dass sowohl autochthone Deutsche als auch (ehemals) Eingewanderte derselben Meinung hinsichtlich notwendiger Anpassungsbemühungen sind, wenngleich dies angesichts der oft abgelehnten Eindimensionalität zynisch klingt. Zudem finden sich unter MigrantInnen/Deutsche mit Migrationshintergrund vermehrt Stimmen, die

eine Annäherung beider Seiten gutheißen. Das ist ein positives Moment, denn jede Separationsbestrebung wäre problematisch. Viertens teilt eine Mehrzahl die Auffassung, dass MigrantInnen grundsätzliche Gleichheitsrechte beanspruchen können. Fünftens scheint die Wahrnehmung der Bedrohung durch MigrantInnen zwar hoch, aber nicht überbordend, wenn es um die Frage der Vorrechte geht. Diese sollen zwar bei den 'etablierten' Deutschen bleiben, was ein ‚Zugleich‘ behindert, die Stimmen für eine aggressivere Durchsetzung fallen jedoch vergleichsweise gering aus. Schließlich sind sich die Menschen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, hinsichtlich vieler Kriterien einig, die ihrer Meinung nach maßgeblich für eine Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft sind.

Es ist zu bedenken, dass der vorliegende Bericht nicht hinreichend Auskunft über die Wahrnehmungen, Emotionen oder Verhaltensabsichten der MigrantInnen geben kann, da die Befragtenzahl zu gering ausfällt. Aus der neueren Akkulturationsforschung ist bereits bekannt, dass die Perspektivendivergenz wie -konvergenz zwischen ‚Alten und Neuen‘ wesentlich der Frage nachgeht, ob interkulturelle Begegnungen konflikthaft oder harmonisch verlaufen können.

Die Forschung, die hinter diesem Bericht liegt, kann jedoch einen ersten Fokus setzen für Diskussionen und die Frage nach den Möglichkeiten, Integrationspotenziale zu erkennen und zu heben. Die Daten zeigen, dass sich die BürgerInnen noch ein wenig mehr bewegen könnten. Das aber nur, wenn sie bereit sind, sich selbst zu verändern und es zugleich gemeinsam mit jenen vornehmen, die zugehörig und gleichwertig sein wollen.

Literaturverzeichnis

- Alba, Richard/ Johnson, Michelle, 2000: Zur Messung aktueller Einstellungsmuster gegenüber Ausländern in Deutschland. In: Alba, Richard/ Schmidt, Peter/ Wasmer, Martina (Hrsg.): Deutsche und Ausländer: Freunde, Fremde oder Feinde? Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Blickpunkt Gesellschaft 5. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag: 229 – 254
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) (Hrsg.), 2014: Meinungen zur Diskriminierung von Menschen aufgrund der ethnischen Herkunft. Repräsentative Forsa-Umfrage. http://www.antidiskriminierungsstelle-datenbanken.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/Umfrage_Ethnie_20140403.html
- Asbrock, Frank/Wagner, Ulrich/Christ, Oliver, 2006: Diskriminierung. Folgen der Feindseligkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag: 156 – 178
- Asbrock, Frank/Lemmer, Gunnar/Wagner, Ulrich/Becker, Julia/ Koller, Jeffrey, 2009: Das Gefühl macht den Unterschied. Emotionen gegenüber „Ausländern“ in Ost- und Westdeutschland. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag: 152 – 167
- Balke, Doreen/ El-Menouar, Yasemin/ Rastetter, Uwe/ Schmidt, Peter, 2012: Wichtigkeit deutscher Identitätsmerkmale. In: Glöckner-Rist, A. (Hrsg.): Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen. ZIS Version 15.00. Bonn: GESIS
- Bauer, Tina, 2013: Wir sind „Deutsche plus“. In: Spiegel Online, 14. November 2013 <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/professoren-mit-migrationshintergrund-ihre-herkunft-macht-sie-begehrt-a-930819.html>
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.), 2012: 9. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/2012-12-18-9-Lagebericht.html>
- Becker, Sven/ Dettmer, Markus/ Flohr, Markus/ Gezer, Özlem/ Kaiser, Simone/ Nezik, Ann-Kathrin/ Pauly, Christoph/ Popp, Maximilian/ Tietz, Janko, 2013: Der deutsche Traum. In: Der Spiegel, 09/ 2013: 30 – 40
- Berry, John W., 1986: The acculturation process and refugee behavior. in: Williams, Carolyn L./ Westermeyer, Joseph (Hrsg.): Refugee mental health in resettlement countries. The series in clinical and community psychology. Washington, DC: Hemisphere Publ. Corp.: 25 – 37

- Bortz, Jürgen/ Döring, Nicola, 2006: Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. 4. überarbeitete Auflage. Berlin: Springer-Verlag
- Dörries, Bernd, 2013: Streit um Roma in Duisburg. Ratlos in Rheinhausen. In: Süddeutsche.de, 01. September 2013
<http://www.sueddeutsche.de/panorama/streit-um-roma-in-duisburg-ratlos-in-rheinhausen-1.1759031>
- El-Sharif, Yasmin, 2014: OECD-Studie. EU profitiert besonders von Zuwanderern aus Osteuropa. In: Spiegel Online, 11. Januar 2014
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/oecd-studie-europa-profitiert-von-zuwanderern-aus-osteuropa-a-942842.html>
- Elias, Norbert/ Scotson, John L., 1993: Etablierte und Außenseiter. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag
- End, Markus 2013: Gutachten Antiziganismus. Zum Stand der Forschung und der Gegenstrategien. Mannheim: Haus für Kultur, Bildung und Antiziganismusforschung
- European Union Agency for Fundamental Rights (FRA) (Hrsg.), 2009: EU-MIDIS at a glance. Introduction to the FRA's EU-wide discrimination survey.
<http://fra.europa.eu/en/project/2011/eu-midis-european-union-minorities-and-discrimination-survey>
- Foroutan, Naika, 2010: Neue Deutsche, Postmigranten und Bindungs-Identitäten. Wer gehört zum neuen Deutschland? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 46-47/ 2010: 9 – 15
- Foroutan, Naika/ Schäfer, Isabel, 2009: Hybride Identitäten – muslimische Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5/ 2009: 11 – 18
- Friedrich, Sebastian/ Schultes, Hannah, 2013: Mediale Verbindungen – antimuslimische Effekte. Zu den gegenwärtigen Verschränkungen des Islamdiskurses. In: Journal für Psychologie. Jg. 21, 1/ 2013
- Friedrichs, Jürgen, 1990: Gesprächsführung im telefonischen Interview. In: Forschungsgruppe Telekommunikation (Hrsg.): Telefon und Gesellschaft. Band 2. Berlin: Spiess Verlag: 413 - 425
- Gabler, Siegfried/ Häder, Sabine, 1997: Überlegungen zu einem Stichprobendesign für Deutschland. In: ZUMA-Nachrichten, Jg. 41, 21/ 1997:7-18
- Gabler, Siegfried/ Häder, Sabine, 1998: Probleme bei der Anwendung von RLD-Verfahren. In: Gabler, Siegfried/ Häder, Sabine/ Hoffmeyer-Zlotnik, Jürgen H.P. (Hrsg.): Telefonstichproben in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag: 58 - 68
- Gabler, Siegfried/ Häder, Sabine, 1999: Erfahrungen beim Aufbau eines Auswahlrahmens für Telefonstichproben in Deutschland. In: ZUMA-Nachrichten, Jg. 44, 23/ 1999: 45 - 61

- Gerhards, Jürgen/ Lengfeld, Holger, 2011: European Integration, Equality Rights and People's Belief: Evidence from Germany. In: European Sociological Review, Jg. 29, 1/ 2011: 19 – 31
- Groß, Eva/ Krause, Daniela/ Zick, Andreas, 2012: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APUZ), Jg. 62, 16-17/ 2012: 11 – 18
- Halm, Dirk/Sauer, Martina/ Schmidt, Jana/ Stichs, Anja, 2012: Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. Im Auftrag der deutschen Islam-Konferenz. 13. Forschungsbericht. Berlin: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/DIK/islamisches-gemeindeleben-in-deutschland-kurz-dik.pdf?__blob=publicationFile
- Haug, Sonja/ Müssig, Stephanie/ Stichs, Anja, 2009: Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der deutschen Islam-Konferenz. 6. Forschungsbericht. Berlin: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
http://www.bmi.bund.de/cae/servlet/contentblob/566008/publicationFile/31710/vollversion_studie_muslim_leben_deutschland_.pdf
- Heitmeyer, Wilhelm, 2002 – 2011: Deutsche Zustände 1 – 10. Frankfurt am Main: Suhrkamp-Verlag
- Heitmeyer, Wilhelm/ Endrikat, Kirsten, 2008: Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für "Überflüssige" und "Nutzlose". In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp-Verlag: 55 – 73
- Hippler, Hans-J./ Schwarz, Norbert, 1990: Die Telefonbefragung im Vergleich mit anderen Befragungsarten. In: Forschungsgruppe Telekommunikation (Hrsg.): Telefon und Gesellschaft. Band 2. Berlin: Spiess Verlag: 437 - 447
- Hüttermann, Jörg, 2000: Der avancierende Fremde. Zur Genese von Unsicherheitserfahrungen und Konflikten in einem ethnisch polarisierten und sozialräumlich benachteiligten Stadtteil. In: Zeitschrift für Soziologie. Jg. 29, 4/ 2000: 275 – 293
- Institut für Demoskopie Allensbach (IfD), 2012: Das Bild der Bevölkerung von "Hartz-IV-Empfängern". Ergebnisse einer repräsentativen Befragung. Nürnberg: Bundesagentur für Arbeit
- Keck, Reinhard, 2013: Zwischen Hoffnung und Angst. Die harten Fakten über Asyl und Zuwanderung in Deutschland. In: Bild.de, 13. Oktober 2013
<http://www.bild.de/politik/inland/migration/die-harten-fakten-ueber-asyl-und-zuwanderung-32950186.bild.html>
- Küpper, Beate/ Heitmeyer, Wilhelm, 2005: Feindselige Frauen. Zwischen Angst, Zugehörigkeit und Durchsetzungsideologie. In: Deutsche Zustände, Folge 3. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag: 108 – 128

- Küpper, Beate/ Zick, Andreas, 2011: Inverse gender gap in Germany: Social dominance orientation among men and women. in: International Journal of Social Psychology, Jg. 46, 1/ 2011: 33 – 45
- Leibold, Jürgen/ Kühnel, Steffen, 2006: Islamophobie. Differenzierung tut Not. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag: 146 – 164
- Mansel, Jürgen/ Endrikat, Kirsten, 2007: Die Abwertung von „Überflüssigen“ und „Nutzlosen“ als Folge der Ökonomisierung der Lebenswelt: Langzeitarbeitslose, Behinderte und Obdachlose als Störfaktor. In: Soziale Probleme. Jg. 18, 2/ 2007: 163 – 185
- Möller, Kurt/ Müller, Joachim, 1992: Zwischen Befremden und Entfremdung. Bedrohungsgefühle durch Zuwanderung von MigrantInnen. In: Mansel, Jürgen (Hrsg.): Reaktionen Jugendlicher auf gesellschaftliche Bedrohung. Untersuchung zu ökologischen Krisen, internationalen Konflikten und politischen Umbrüchen als Stressoren. Weinheim und München: Juventa Verlag: 228 – 245
- Neckel, Sighard/ Sutterlüty, Ferdinand, 2007: Negative Klassifikationen und die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit. In: Neckel, Sighard/ Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.): Mittendrin im Abseits. Ethnische Gruppenbeziehungen im lokalen Kontext. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften: 15 – 26
- OECD, 2012: PISA Excellence through Equity. Giving every student the chance to succeed. Volume II.: OECD
http://www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/education/pisa-2012-results-excellence-through-equity-volume-ii_9789264201132-en#page1
- Pehrson/ Green, 2010: Who We Are and Who Can Join Us: National Identity Content and Entry Criteria for New Immigrants. In: Journal of Social Issues. Jg. 66, 4/ 2010: 695 – 716
- Pielage, Patricia/ Pries, Ludger/ Schultze, Gunther (Hrsg.), 2012: Soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft. Kategorien, Konzepte, Einflussfaktoren. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Prenzel, Manfred/ Sälzer, Christine/ Klieme, Eckhard/ Köller, Olaf (Hrsg.), 2013: PISA 2012. Fortschritte und Herausforderungen in Deutschland. Münster; New York; München; Berlin: Waxmann-Verlag
- Preuß, Roland, 2013: Migranten in der Politik. Der Hass der braven Bürger. In: Süddeutsche.de, 29. Juni 2013
<http://www.sueddeutsche.de/politik/migranten-in-der-politik-der-hass-der-braven-buerger-1.1708676>
- Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst e.V. (REMID), 2010: Religionen und Weltanschauungsgemeinschaften in Deutschland. Islam.
http://remid.de/info_zahlen/islam/

- Rohrman, Bernd, 1978: Empirische Studien zur Entwicklung von Antwortskalen für die sozialwissenschaftliche Forschung. in: Zeitschrift für Sozialpsychologie, Jg. 9, 3/ 1978: 222 - 245
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (Hrsg.), 2014: Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland. Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer. Berlin: SVR GmbH
http://www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2014/04/SVR_JG_2014_WEB.pdf
- Schwarz, Norbert/ Strack, Fritz/ Hippler, Jans-J./ Bishop, George, 1991: The Impact of Administration Mode on Response Effects in Survey Measurement. In: Applied Cognitive Psychology, Jg. 5, 3/ 1991: 193 - 212
- Statistisches Bundesamt, 2013: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2012. Wiesbaden
- Sutterlüty, Ferdinand/ Neckel, Sighard, 2012: Gegen die türkischen Aufsteiger – Interethnische Klassifikationen und Ausgrenzungspraktiken. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Imbusch, Peter (Hrsg.): Desintegrationsdynamiken. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften: 143 – 170
- Tajfel, Henri/ Turner, John C., 1979: An integrative theory of intergroup conflict. In: Austin, William G./ Worchel, Stephen (Hrsg.): The Social Psychology of Intergroup Relations The social psychology of Intergroup Relations. Monterey, CA: Brooks/ Cole: 33 – 47
- Topçu, Özlem, 2014: Bist du deutsch genug? Union und SPD sind bei der doppelten Staatsbürgerschaft feige. In: Zeit Online, 13. März 2014
<http://www.zeit.de/2014/12/doppelte-staatsbuergerschaft-grosse-koalition>
- Ulrich, Andreas, 2013: Streit mit Bundesregierung. Kommunen fordern Hilfe bei Integration von Roma. In: Spiegel Online, 30. September 2013
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuwanderer-aus-rumaenien-und-bulgarien-kommunen-fordern-geld-vom-bund-a-925265.html>
- Van Dick, Rolf/ Wagner, Ulrich/ Adams, Claudia/ Petzel, Thomas, 1997: Einstellungen zur Akkulturation. Erste Evaluation eines Fragebogens an sechs deutschen Stichproben. In: Gruppendynamik, Jg. 28, 1/ 1997: 83 - 92
- Wagner, Ulrich/ van Dick, Rolf/ Endrikat, Kirsten, 2002: Interkulturelle Kontakte. Die Ergebnisse lassen hoffen. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag: 75 – 87
- Zick, Andreas, 2010: Psychologie der Akkulturation. Neufassung eines Forschungsbereiches. Wiesbaden: VS Verlag
- Zick, Andreas/ Klein, Anna: Fragile Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: Dietz Verlag

- Zick, Andreas/ Wolf, Carina/ Küpper, Beate/ Davidov, Eldad/ Schmidt, Peter/ Heitmeyer, Wilhelm, 2008: The syndrome of group-focused enmity: Theory and test. Special Issue on Prejudice and Discrimination in Europe. In: Journal of Social Issues, Jg. 64: 363 – 383
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Hövermann, 2011: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Zick, Andreas/ Hövermann, Andreas/ Krause, Daniela, 2012: Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 10. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag: 64 – 86

Anhang

Tab. 1.13: Individuelle Willkommenskultur unter autochthonen Deutschen (Mittelwerte und Standardabweichungen, gewichtet)

Indikatoren	Mittelwert	Standardabweichung	Fallzahl
<i>Willkommenskultur</i>			
Eine stärkere Willkommenskultur für die Migranten in Deutschland würde mich freuen.	3.08	1.26	802
Es gefällt mir, dass sich so viele Migranten für Deutschland als neue Heimat entscheiden.	3.09	1.23	800
Ich freue mich darüber, wenn sich immer mehr Migranten in Deutschland zu Hause fühlen.	3.55	1.27	803
Ich freue mich, dass Deutschland noch vielfältiger und bunter wird.	3.35	1.30	806
<i>Involviertheit</i>			
Es ist mir egal, wie Migranten in Deutschland leben.	2.20	1.19	803

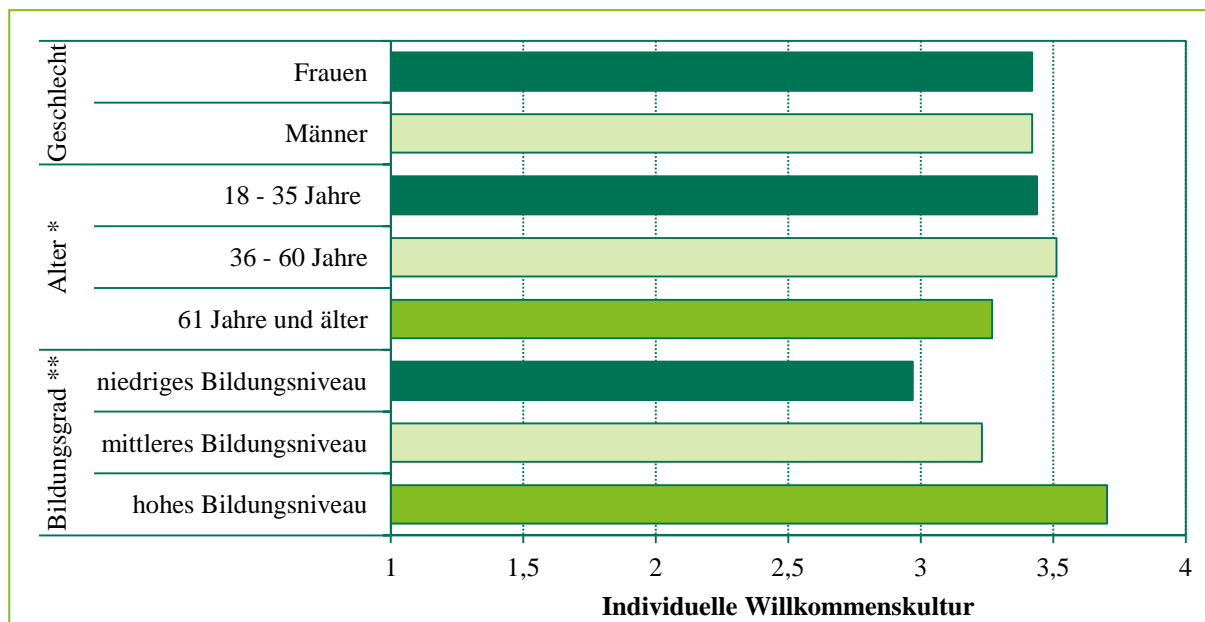
Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten Mittelwerte und Standardabweichungen.

Die Befragtenzahl reduziert sich hier aufgrund der Verwendung des Fragebogen-Splits auf insgesamt 807 Personen, die als autochthone Deutsche identifiziert wurden.

Abb. 1.3: Individuelle Willkommenskultur nach soziodemographischen Determinanten (Mittelwertvergleich, gewichtet)



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

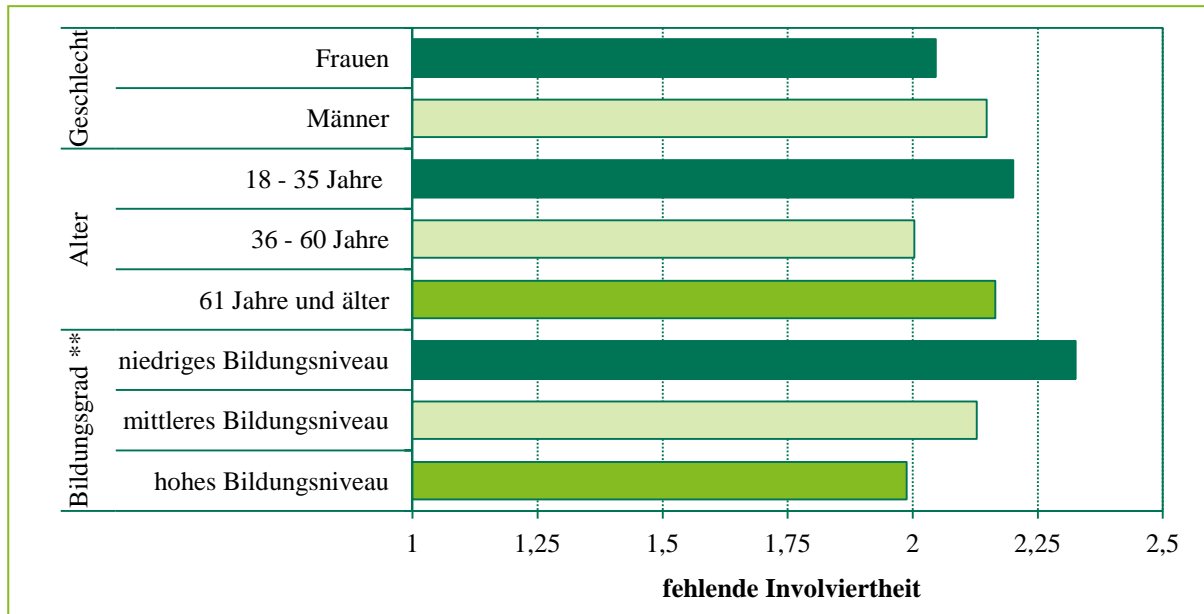
Die Mittelwerte können Werte zwischen 1 und 5 nehmen; je höher der jeweils ausgewiesene Mittelwert, desto ausgeprägter die individuelle Willkommenskultur gegenüber MigrantInnen.

Es sind nur die autochthonen Deutschen berücksichtigt, deren Zahl sich aufgrund des Fragebogen-Splits auf insgesamt 807 Personen beläuft.

Der Unterschied zwischen den 18-35 und 36-60 Jährigen besitzt keine Signifikanz.

* = $p < .05$, ** = $p < .01$

Abb. 1.4: Fehlende Involviertheit nach soziodemographischen Determinanten (Mittelwertvergleich, gewichtet)



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die Mittelwerte können Werte zwischen 1 und 5 nehmen; je höher der jeweils ausgewiesene Mittelwert, desto ausgeprägter folglich auch die fehlende Involviertheit der betreffenden Personen.

Es sind nur die autochthonen Deutschen berücksichtigt, deren Zahl sich aufgrund des Fragebogen-Splits auf insgesamt 807 Personen beläuft.

** = $p < .01$

Tab. 1.14: Korrelationsmatrix der persönlich-individuellen Willkommenskultur und der fehlenden Involviertheit

	willk01	willk02	willk03	willk04	egal
(willk01) Eine stärkere Willkommenskultur für die Migranten in Deutschland würde mich freuen.	1.000				
(willk02) Es gefällt mir, dass sich so viele Migranten für Deutschland als neue Heimat entscheiden.	.681***	1.000			
(willk03) Ich freue mich darüber, wenn sich immer mehr Migranten in Deutschland zu Hause fühlen.	.612***	.726***	1.000		
(willk04) Ich freue mich, dass Deutschland noch vielfältiger und bunter wird.	.648***	.725***	.733***	1.000	
(egal) Es ist mir egal, wie Migranten in Deutschland leben.	-.069	-.043	-.033	.004	1.000

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die abgebildeten Korrelationskoeffizienten geben an, wie stark der Zusammenhang zwischen den Variablen ausfällt. Die Koeffizienten können Werte zwischen -1 (perfekt negativer Zusammenhang) und +1 (perfekt positiver Zusammenhang) liegen, während der Wert 0 einen statistischen Zusammenhang ausschließt.

*** = $p < .001$

**Tab. 1.15: Akkulturationsorientierungen der autochthonen Deutschen
(Mittelwerte und Standardabweichungen, gewichtet)**

Indikatoren	Mittelwert	Standard- abweichung	Fallzahl
<i>Teilhabe und Beziehung</i>			
Mir ist es wichtig, dass Menschen die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an unserem Leben teilhaben.	4.33	.88	1 611
Die Deutschen sollten Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an ihrem Leben teilhaben lassen.	4.03	.97	1 604
<i>Kulturerhalt</i>			
Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehielten.	3.74	1.07	1 603
Die Mehrheit der Deutschen findet es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehielten.	4.03	.97	1 604
<i>Anpassung</i>			
Die Migranten müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.	3.59	1.16	1 600
Die Deutschen müssen sich mehr an die Migranten anpassen.	2.19	1.13	1 606

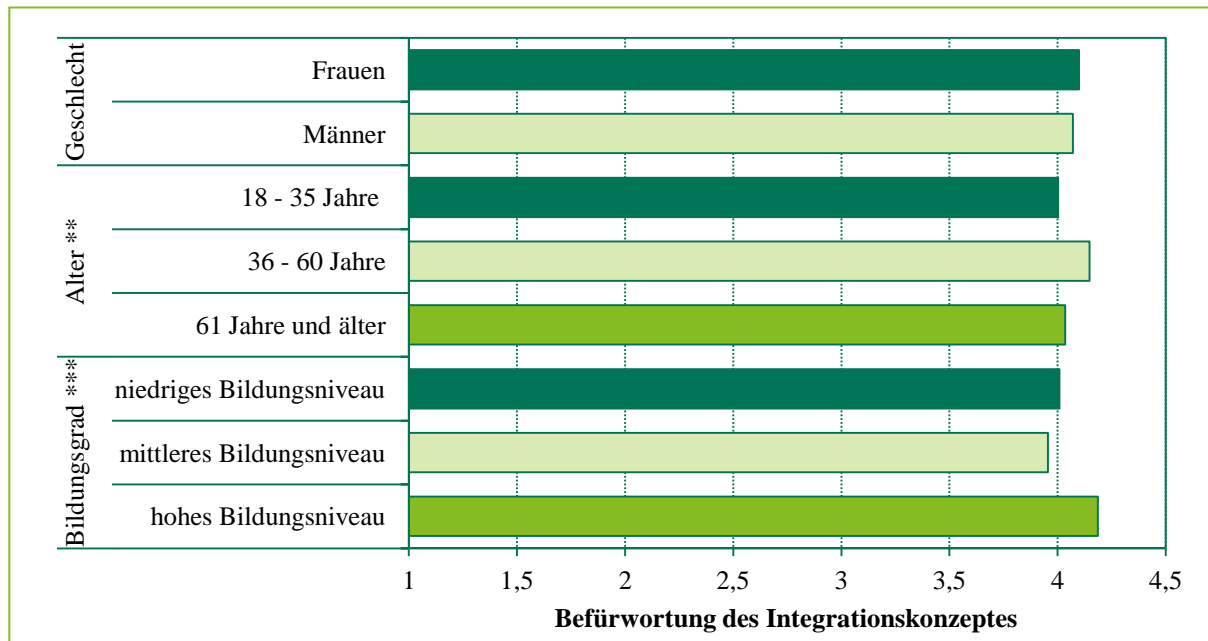
Quelle: Eigene Darstellung

**Tab. 1.16: Akkulturationsorientierungen der MigrantInnen/ Deutschen mit MH
(Mittelwerte und Standardabweichungen, gewichtet)**

Indikatoren	Mittelwert	Standard- abweichung	Fallzahl
<i>Teilhabe und Beziehung</i>			
Mir ist es wichtig, dass Menschen die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an unserem Leben teilhaben.	/	/	/
Die Deutschen sollten Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, vollständig an ihrem Leben teilhaben lassen.	4.01	1.0	383
<i>Kulturerhalt</i>			
Ich finde es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehielten.	3.97	1.01	385
Die Mehrheit der Deutschen findet es gut, wenn Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, ihre kulturellen Wurzeln beibehielten.	3.21	1.13	383
<i>Anpassung</i>			
Die Migranten müssen sich mehr an die Deutschen anpassen.	3.65	1.16	386
Die Deutschen müssen sich mehr an die Migranten anpassen.	2.32	1.28	385

Quelle: Eigene Darstellung

Abb. 1.5: Befürwortung des Integrationskonzeptes nach soziodemographischen Determinanten (Mittelwertvergleich, gewichtet)



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

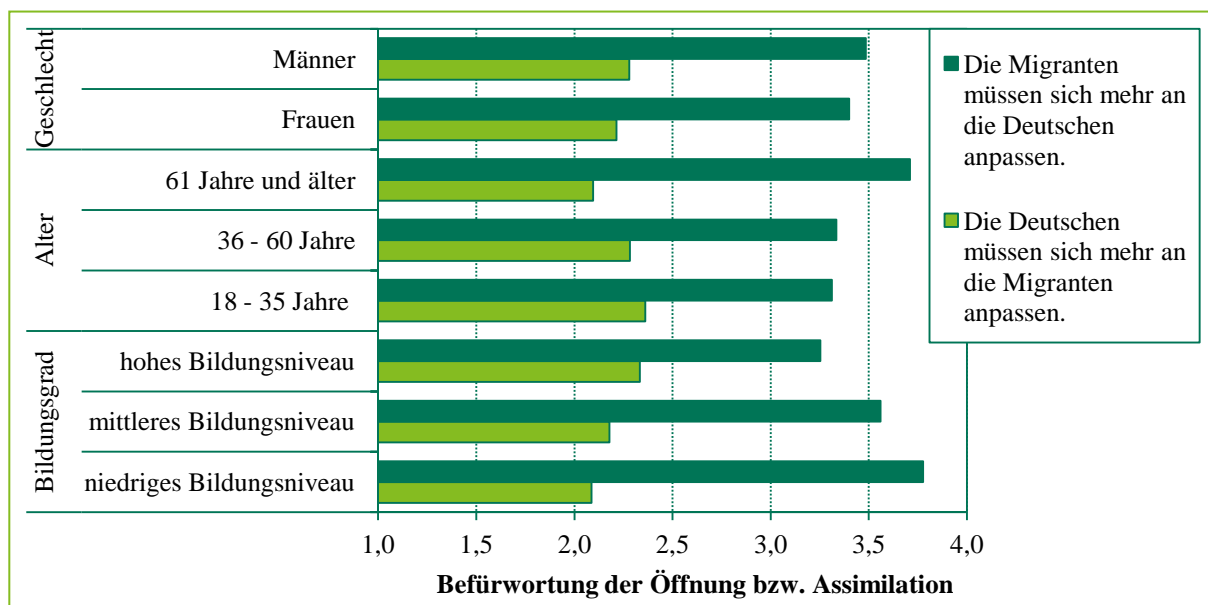
Die Mittelwerte können Werte zwischen 1 und 5 nehmen; je höher der jeweils ausgewiesene Mittelwert, desto stärker fällt auch die Befürwortung der Integration aus.

Es sind nur die autochthonen Deutschen berücksichtigt, deren Zahl sich auf insgesamt 1 615 beläuft.

Der Unterschied zwischen den 18-35 und 36-60 Jährigen besitzt keine Signifikanz.

** = $p < .01$, *** = $p < .001$

Abb. 1.6: Öffnungs- und Assimilations-Forderung nach soziodemographischen Determinanten im Vergleich (Mittelwertvergleich, gewichtet)



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die Mittelwerte können Werte zwischen 1 und 5 nehmen; je höher der Mittelwert, desto stärker die jeweilige Zustimmung zur Öffnung beziehungsweise Assimilation aus.

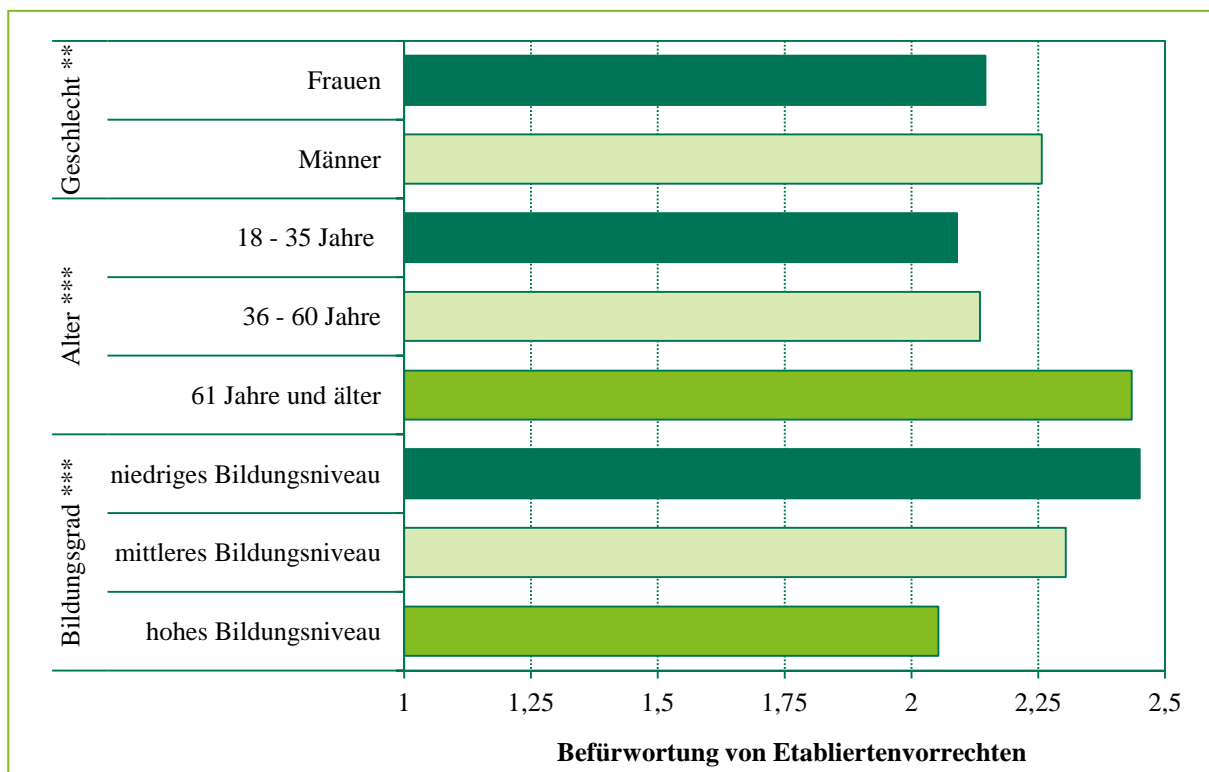
Es wurden nur die autochthonen Deutschen berücksichtigt, deren Zahl sich auf insgesamt 1 615 beläuft. Für das Geschlecht liegt jeweils keine Signifikanz vor. Die Alters- und Bildungsunterschiede sind jeweils hochsignifikant.

**Tab. 1.17: Befürwortung von Etabliertenvorrechten
(Mittelwerte und Standardabweichungen, gewichtet)**

Indikatoren	Mittelwert	Standardabweichung	Fallzahl
<i>Wer irgendwo neu ist bzw. später hinzukommt, ...</i>			
... der sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	2.88	1.35	1 982
... dem sollte genauso viel zustehen wie allen anderen auch.	3.78	1.22	1 984
... der sollte die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.	4.45	.920	1 999
... der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.	2.50	1.26	1 981
... der sollte sich hinten anstellen, wenn es nicht für alle reicht.	2.24	1.26	1973

Quelle: Eigene Darstellung

Abb. 1.7: Befürwortung der Etabliertenvorrechte nach soziodemographischen Determinanten (Mittelwertvergleich, gewichtet)



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die Mittelwerte können Werte zwischen 1 und 5 nehmen; je höher der Mittelwert, desto eher werden Etabliertenvorrechte befürwortet.

Der Unterschied zwischen den 18-35 und 36-60 Jährigen besitzt keine Signifikanz.

** = $p < .01$, *** = $p < .001$

Tab. 1.18: Zustimmung und Ablehnung von Etabliertenvorrechten, autochthone Deutsche und MigrantInnen/ Deutsche mit MH im Vergleich (Angaben in Prozent)

Wer irgendwo neu ist bzw. später hinzukommt, ...	insgesamt		autochthone Deutsche		MigrantInnen/ MH	
	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu
... der sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	36,0	32,4	34,4	32,5	42,5	31,8
... dem sollte genauso viel zustehen wie allen anderen auch.	15,0	61,3	15,8	59,2	12,0	70,2
... der sollte die gleichen Rechte haben wie alle anderen auch.	5,2	85,6	5,8	84,6	2,6	89,7
... der sollte auf keinen Fall Forderungen stellen oder Ansprüche erheben.	48,5	19,8	49,3	19,5	44,7	21,2
... der sollte sich hinten anstellen, wenn es nicht für alle reicht.	57,8	16,8	57,6	16,8	59,0	16,9

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung. Die Befragtenzahl liegt hier bei insgesamt 2 006 Personen, von denen 391 einen Migrationshintergrund oder keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Tab. 1.19: Appell zur Rückeroberung (Mittelwerte und Standardabweichungen, gewichtet)

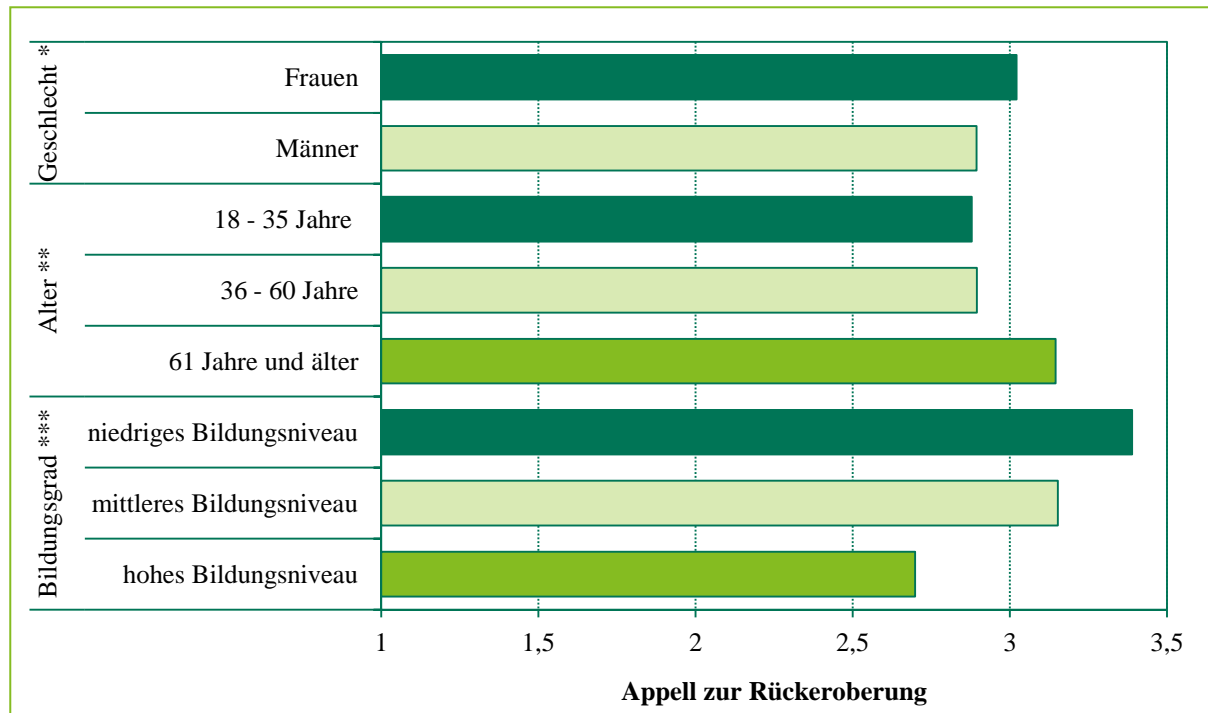
Indikatoren	Mittelwert	Standardabweichung	Fallzahl
Ich fände es gut, wenn unsere Traditionen zunehmend wiederbelebt würden.	3.81	1.16	795
Es ist wichtig, dass wir unsere Identität, Werte und Eigenschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.	3.73	1.19	807
Wir sollten in der Öffentlichkeit wieder sehr viel selbstbewusster gegenüber MigrantInnen auftreten.	2.78	1.43	789
Wir sollten vor allem jüngere MigrantInnen häufiger in ihre Schranken weisen.	2.65	1.36	790
Wir sollten stärker darauf achten, nicht von den MigrantInnen überrannt zu werden.	2.57	1.43	799

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Aufgrund eines Fragebogen-Splits reduziert sich die Zahl der Befragten ohne Migrationshintergrund auf 807 Personen.

Abb. 1.8: Rückeroberungsgedanke nach soziodemographischen Determinanten (Mittelwertvergleich, gewichtet)



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die Mittelwerte können Werte zwischen 1 und 5 nehmen; je höher der Mittelwert, desto stärker wird nach Rückeroberung verlangt.

Der Unterschied zwischen den 18-35 und 36-60 Jährigen besitzt keine Signifikanz.

* = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$

Tab.1.20: Appell zur Rückeroberung, Frauen und Männer im Vergleich (Angaben in Prozent)

	Frauen		Männer	
	stimme nicht zu	stimme zu	stimme nicht zu	stimme zu
Ich fände es gut, wenn unsere Traditionen zunehmend wiederbelebt würden.	10,7	63,3	14,1	59,7
Es ist wichtig, dass wir unsere Identität, Werte und Eigenschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.	13,1	63,5	15,4	56,4
Wir sollten in der Öffentlichkeit wieder sehr viel selbstbewusster gegenüber Migrant*innen auftreten.	39,7	34,6	44,4	32,6
Wir sollten vor allem jüngere Migrant*innen häufiger in ihre Schranken weisen.	43,4	26,3	49,7	25,8
Wir sollten stärker darauf achten, nicht von den Migrant*innen überrannt zu werden.	46,0	35,2	54,3	20,2

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Abbildung der gewichteten und addierten Häufigkeiten der Zustimmung bzw. Ablehnung.

Die Befragtenzahl liegt hier bei insgesamt 807 Personen, die als autochthone Deutsche identifiziert wurden. (442 Frauen, 365 Männer).

Tab. 1.21: Korrelationsmatrix der Aussagen zur Messung des Rückeroberungsgedankens

	re01	re02	re03	re04	re05
(re01) Ich fände es gut, wenn unsere Traditionen zunehmend wiederbelebt würden.	1.000				
(re02) Es ist wichtig, dass wir unsere Identität, Werte und Eigenschaften wieder stärker in den Mittelpunkt rücken.	.686	1.000			
(re03) Wir sollten in der Öffentlichkeit wieder sehr viel selbstbewusster gegenüber Migranten auftreten.	.353	.429	1.000		
(re04) Wir sollten vor allem jüngere Migranten häufiger in ihre Schranken weisen.	.334	.405	.518	1.000	
(re05) Wir sollten stärker darauf achten, nicht von den Migranten überrannt zu werden.	.373	.446	.569	.687	1.000

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die abgebildeten Korrelationskoeffizienten geben an, wie stark der Zusammenhang zwischen den Variablen ausfällt. Die Koeffizienten können Werte zwischen -1 (perfekt negativer Zusammenhang) und +1 (perfekt positiver Zusammenhang) liegen, während der Wert 0 einen statistischen Zusammenhang ausschließt. Alle Korrelationen sind hochsignifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau.

Tab. 1.22: Die Bedeutung verschiedener Kriterien deutscher Zugehörigkeit (Mittelwerte und Standardabweichungen, gewichtet)

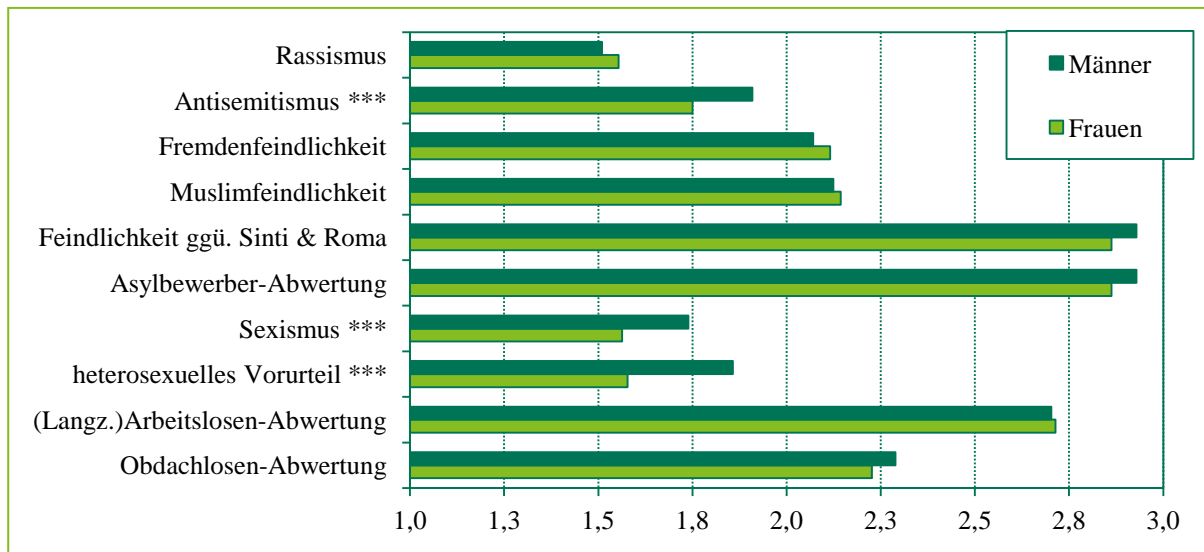
Wie wichtig ist es, ...	autochthone Deutsche			MigrantInnen/ Deutsche mit MH		
	Mittelwert	Std.-abw.	Fallzahl	Mittelwert	Std.-abw.	Fallzahl
... in Deutschland geboren zu sein?	2.69	1.49	803	2.18	1.43	186
... die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen?	3.27	1.43	801	3.16	1.55	190
... den größten Teil des Lebens in Deutschland gelebt zu haben?	2.89	1.41	803	3.11	1.49	190
... Deutsch sprechen zu können?	4.37	.99	805	4.60	.82	191
... erwerbstätig zu sein?	4.15	1.01	803	4.47	.83	188
... die deutschen politischen Institutionen und Gesetze zu achten?	4.29	.92	803	4.51	.73	190
... deutsche Werte und Traditionen anzuerkennen?	3.86	1.07	801	3.93	1.12	190
... sich aktiv für die Allgemeinheit einzusetzen?	4.01	.97	807	4.05	.83	190
... sich als Deutsche bzw. Deutscher zu fühlen?	3.34	1.35	795	3.46	1.20	187
... sich in Deutschland zu Hause zu fühlen?	4.22	1.00	804	4.30	.92	190
... ein Christ zu sein?	2.49	1.53	794	2.44	1.52	186

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die Befragtenzahl liegt hier aufgrund eines Fragebogen-Splits bei insgesamt 1 008 Personen, von denen 200 einen Migrationshintergrund oder keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Abb. 1.9: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nach Geschlecht (Mittelwertvergleich, gewichtet)



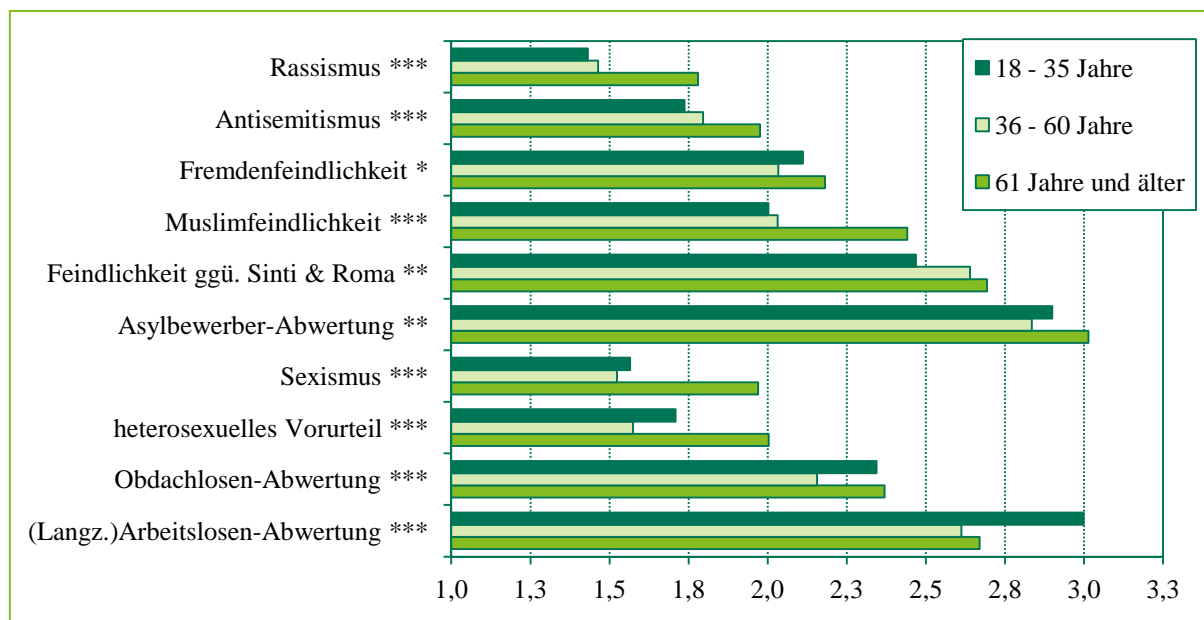
Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die Mittelwerte können Werte zwischen 1 und 5 nehmen; je höher der jeweils ausgewiesene Mittelwert, desto ausgeprägter die spezifische Abwertung bzw. Feindlichkeit.

*** = $p < .001$

Abb.1.10: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nach Alter (Mittelwertvergleich, gewichtet)



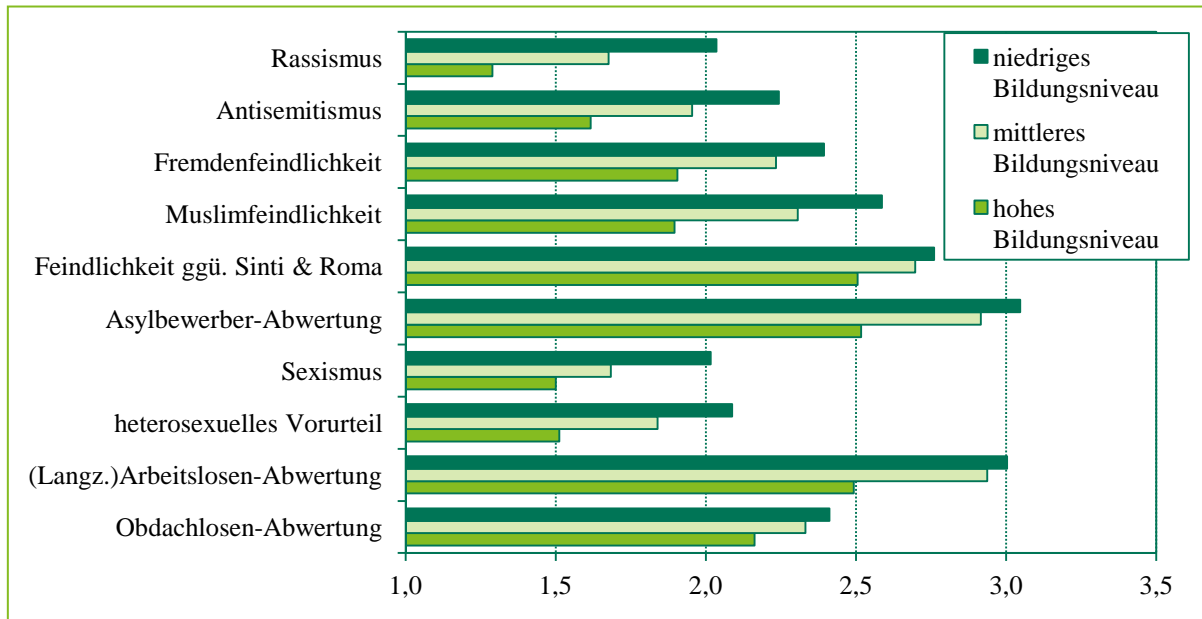
Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die Mittelwerte können Werte zwischen 1 und 5 nehmen; je höher der jeweils ausgewiesene Mittelwert, desto ausgeprägter die spezifische Abwertung bzw. Feindlichkeit.

* = $p < .05$, ** = $p < .01$, *** = $p < .001$

Abb.1.11: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nach Bildung (Mittelwertvergleich, gewichtet)



Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die Mittelwerte können Werte zwischen 1 und 5 nehmen; je höher der jeweils ausgewiesene Mittelwert, desto ausgeprägter die spezifische Abwertung bzw. Feindlichkeit.

Der Bildungseffekt liegt für alle GMF-Facetten hochsignifikant auf dem 0,1-Prozent-Niveau.

Tab. 1.23: Korrelationsmatrix der GMF-Facetten: Feindlichkeit gegenüber (ehemals) Eingewanderten

Feindlichkeit gegenüber ...	MigrantInnen	MuslimInnen	Sinti & Roma	AsylbewerberInnen
MigrantInnen	1.000			
MuslimInnen	.673 ***	1.000		
Angehörigen der Sinti und Roma	.444 ***	.427 ***	1.000	
AsylbewerberInnen	.539 ***	.445 ***	.437 ***	1.000

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Die abgebildeten Korrelationskoeffizienten geben an, wie stark der Zusammenhang zwischen den Variablen ausfällt. Die Koeffizienten können Werte zwischen -1 (perfekt negativer Zusammenhang) und +1 (perfekt positiver Zusammenhang) liegen, während der Wert 0 einen statistischen Zusammenhang ausschließt.

*** = $p < .001$

Tab.1.24: Die Erklärung des Antisemitismus durch die Kulturen der Abwehr; lineare Regressionsanalyse

	Antisemitismus					
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Geschlecht	-.10 (.04)	-.06 (.06)	-.06 (.06)	-.04 (.06)	-.07 (.06)	-.10 (.05)
Alter	.07 (.00)	.13 (.00)	.13 (.00)	.10 (.00)	.10 (.00)	-.02 (.00)
Bildungsgrad	-.25 (.01)	-.16 (.02)	-.16 (.02)	-.15 (.02)	-.12 (.02)	-.14 (.02)
Willkommenskultur		-.41 (.03)	-.37 (.03)	-.31 (.03)	-.18 (.03)	
Befürw. Integration			-.08 (.04)	-.06 (.04)	-.05 (.04)	-.19 (.03)
Etabliertenvorrechte				.18 (.04)	.09 (.04)	.21 (.04)
Rückeroberung					.33 (.04)	
Kriterienkatalog						.17 (.04)
Erklärte Varianz (R ²)	7,8 %	26,0 %	26,5 %	29,2 %	36,0 %	21,7 %

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Im Modell 1 sind alle 2 006 Befragten enthalten. Aufgrund eines Fragebogen-Splits verbleiben in den Modellen 2 – 5 noch 998 Fälle, im 6. Modell 1 008 Fälle.

Die abgebildeten standardisierten Beta-Koeffizienten geben an, wie groß der Einfluss des Prädiktors auf die zu erklärende Variable ist. Die Werte in den Klammern sind die Standardfehler. Die Zusammenhänge sind mit $p < .001$ signifikant.

Tab. 1.25: Die Erklärung des heterosexuellen Vorurteils durch die Kulturen der Abwehr; lineare Regressionsanalyse

	Heterosexuelles Vorurteil					
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Geschlecht	-.13 (.05)	-.10 (.06)	-.11 (.06)	-.10 (.06)	-.11 (.06)	-.14 (.06)
Alter	.22 (.00)	.19 (.00)	.19 (.00)	.18 (.00)	.18 (.00)	.18 (.00)
Bildungsgrad	-.18 (.02)	-.11 (.02)	-.12 (.02)	-.11 (.02)	-.10 (.02)	-.10 (.02)
Willkommenskultur		-.24 (.03)	-.13 (.04)	-.10 (.04)	-.06 (.04)	
Befürw. Integration			-.21 (.05)	-.20 (.05)	-.19 (.05)	-.18 (.04)
Etabliertenvorrechte				.10 (.04)	.07 (.05)	.13 (.04)
Rückeroberung					.11 (.04)	
Kriterienkatalog						.18 (.05)
Erklärte Varianz (R ²)	10,8 %	14,4 %	17,5 %	18,3 %	19,0 %	23,4 %

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Im Modell 1 sind alle 2 006 Befragten enthalten. Aufgrund eines Fragebogen-Splits verbleiben in den Modellen 2 – 5 noch 998 Fälle, im 6. Modell 1 008 Fälle.

Die abgebildeten standardisierten Beta-Koeffizienten geben an, wie groß der Einfluss des Prädiktors auf die zu erklärende Variable ist. Die Werte in den Klammern sind die Standardfehler. Sie geben an, wie groß die durchschnittliche Abweichung der Daten vom Analysemodell ausfällt. Alle Zusammenhänge sind mit $p < .001$ signifikant.

Tab. 1.26: Die Erklärung der Abwertung von (Langzeit)Arbeitslosen durch die Kulturen der Abwehr; lineare Regressionsanalyse

	Abwertung von (Langzeit)Arbeits- und Wohnungslosen					
	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
Geschlecht	.01 (.05)	.02 (.06)	.02 (.06)	.04 (.06)	.02 (.06)	.02 (.06)
Alter	-.10 (.00)	-.15 (.00)	-.15 (.00)	-.18 (.00)	-.19 (.00)	-.16 (.00)
Bildungsgrad	-.21 (.02)	-.16 (.03)	-.16 (.03)	-.14 (.02)	-.10 (.02)	-.07 (.03)
Willkommenskultur		-.34 (.03)	-.34 (.04)	-.26 (.04)	-.13 (.04)	
Befürw. Integration			.01 (.05)	.05 (.05)	.05 (.05)	-.14 (.05)
Etabliertenvorrechte				.30 (.04)	.21 (.04)	.21 (.05)
Rückeroberung					.32 (.04)	
Kriterienkatalog						.26 (.05)
Erklärte Varianz (R ²)	4,7 %	17,7 %	17,7 %	25,1 %	31,5 %	19,4 %

Quelle: Eigene Darstellung

Anmerkung:

Im Modell 1 sind alle 2 006 Befragten enthalten. Aufgrund eines Fragebogen-Splits verbleiben in den Modellen 2 – 5 noch 998 Fälle, im 6. Modell 1 008 Fälle.

Die abgebildeten standardisierten Beta-Koeffizienten geben an, wie groß der Einfluss des Prädiktors auf die zu erklärende Variable ist. Die Werte in den Klammern sind die Standardfehler. Sie geben an, wie groß die durchschnittliche Abweichung der Daten vom Analysemodell ausfällt. Alle Zusammenhänge sind mit $p < .001$ signifikant.